

TELGTE/
WESTBEVERN

SPD

Der *rote* Faden

Zeitung des SPD Ortsvereins Telgte/Westbevern



Ralf Pomberg

Unser Kandidat für den Landtag

Liebe Wähler*innen,

heute möchte ich mich bei Ihnen vorstellen, damit Sie sich ein Bild von mir machen können. Mein Name ist Ralf Pomberg und ich kandidiere bei der Landtagswahl für den Nordkreis Warendorf. Ich wurde 1973 in Beelen geboren und lebe dort noch heute. Mit meiner Frau Monika und unserer Labrador-Dame Feenja fühlen wir uns hier pudelwohl.

Nach meiner Schulzeit in der örtlichen Grund- und Hauptschule begann ich 1989 meine Ausbildung zum Zentralheizungs- und Lüftungsbauer bei einem heute noch ortsansässigen Handwerksbetrieb. Nach meiner Ausbildung und einigen Gesellenjahren bin ich zu einem mittelgroßen Wasserversorger gewechselt. Hier habe ich meinen Rohrnetzmeister und meinen Wassermeister gemacht. Heute bin ich bereits über 25 Jahre in diesem Unternehmen angestellt.

Schon früh habe ich mich für Politik und auch die SPD interessiert. 1992 bin ich in die Partei eingetreten. Seit 2004 engagiere

ich mich aktiv in der Lokalpolitik, erst als Sachkundiger Bürger, mittlerweile als Fraktionsvorsitzender.

Mein Hauptaugenmerk liegt sowohl in der Begleitung von Bauprojekten als auch im Bildungsbereich. Seit 2020 bin ich Vorsitzender des Schulausschusses. Das Thema Bildung liegt mir sehr am Herzen, weil Bildung bereits im Kindergarten anfängt und sich dann das ganze Leben fortsetzt. Bildung darf aber nicht von der Postleitzahl oder dem Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Im Spätsommer 2020 habe ich mich intensiv mit einer Kandidatur für den Landtag beschäftigt. Am Ende habe ich mich dazu entschlossen, mich für die Landtagskandidatur zu bewerben, weil ich der Meinung bin, dass es enorm wichtig ist, die Themen der Basis zu vertreten. Im November 2021 wurde ich dann schließlich auf der Delegiertenkonferenz zum Landtagskandidaten für den Nordkreis gewählt.

Was zeichnet mich aus?

Zu meinen Stärken zählt vor allem meine Teamfähigkeit. Ich bin ein guter Zuhörer, der verschiedene Meinungen akzeptiert. Gleichzeitig bin ich beharrlich bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen. Ich bin stets gut informiert und vorbereitet. Es macht mir Spaß, Herausforderungen anzunehmen und mich für andere einzusetzen.

NRW braucht einen sozialen Neustart. Wir müssen die richtigen Lehren aus der Pandemie ziehen. Wir wollen in unser Land und in unsere Zukunft investieren. Wir wollen Fortschritt, der ökologisch, aber vor allem sozial gerecht ist. Die NRWSPD hat in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen – Arbeit, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft – dafür Ideen entwickelt. Um diese guten Ideen umzusetzen, dafür trete ich an.

Sollten Sie Fragen oder Anregungen haben, kontaktieren Sie mich gerne.

Herzlichst
Ihr Ralf Pomberg

In dieser Ausgabe:

Spitzenkandidat Thomas Kutschat
Seite 2–3

Schulpolitik der Landesregierung
Seite 4–5

Bezahlbarer Wohnraum für Telgte
Seite 6

Interview mit unserem Kandidaten Ralf Pomberg
Seite 7–9

Räumung des Hambacher Forsts
Seite 10–11

Alles zum Wahlprogramm der SPD
Seite 12–17

Straßenausbaubeiträge
Seite 15

Umgang mit der Flutkatastrophe
Seite 18–19

Versammlungsgesetz
Seite 20–21

Ausbau der B 51
Seite 24

Unser Spitzenkandidat:

Lust auf Veränderung? Sehr gut. Ich nämlich auch. Mein Name ist Thomas Kutschaty und ich möchte der neue Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen werden. Weil ich dieses Land liebe. In all seinen Facetten und Unterschiedlichkeiten.

Lebenslauf

Persönliches

- am 12.06.1968 in Essen geboren
- verheiratet, drei Kinder

Ausbildung/ beruflicher Werdegang

1987

Abitur am Gymnasium Borbeck
anschließend Zivildienst

ab 1989

Studium der Rechtswissenschaften an der
Ruhr-Universität Bochum

1995

erstes juristisches Staatsexamen

1997

zweites Staatsexamen

seit 1997

zugelassener Rechtsanwalt

Politischer Werdegang

1986

Eintritt in die SPD

1994–2016

Vorsitzender im Ortsverein Borbeck

1989–1999

Mitglied der Bezirksvertretung IV im
Stadtbezirk Borbeck

1999

Mitglied im Rat der Stadt Essen

2008–2016

stellvertretender Vorsitzender der SPD
Essen

2016–2021

Vorsitzender der SPD Essen

seit 2005

Mitglied des Landtages NRW, direkt
gewählt im Wahlkreis 65 (Essen I –
Mülheim II)

seit April 2018

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag
NRW

2010–2017

Justizminister des Landes Nordrhein-
Westfalen

seit 2021

Landesvorsitzender NRWSPD

seit Februar 2022

SPD-Kandidat für das Amt des Minister-
präsidenten

Ehrenämter/ Mitgliedschaften (Auszug)

- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Nordrhein-Westfalen
- Bergbaukolonie Schönebeck e.V.
- Deutscher Kinderschutzbund Ortsverein Essen e.V.
- Förderverein Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege e.V.



NRW ist ein großes, vielfältiges Land. Ein Land mit so viel Kraft und Möglichkeiten. Ein Land voller Geschichten und ein Land, das eine großartige Zukunft vor sich haben kann.

Doch wie genau diese Zukunft aussieht, das entscheiden Sie, die Wählerinnen und Wähler.

Natürlich braucht es für eine gute Zukunft eine starke Wirtschaft mit Wachstum und steigendem Wohlstand. Aber die entscheidende Frage ist doch, wie sich Wachstum auswirkt und wem dieser Wohlstand zugutekommt. Ich will, dass möglichst viele etwas vom Fortschritt haben. Und nicht die Wenigen. Denn nur so bleibt unser NRW ein Land des Zusammenhalts und der Lebensfreude.

**Chancengleichheit.
Darum geht es.**

Die herzustellen – das ist Aufgabe der Politik. Denn nur wenn jeder Mensch die Möglichkeit bekommt, sein Potential zu entfalten, kann sich auch das Potential eines Landes komplett entfalten.

**Soziale Gerechtigkeit steht
daher ganz oben
in meinem Programm.**

Bezahlbare Mieten, kostenfreie Bildung und eine gerechte Umwelt- und Sozialpolitik müssen eine Selbstverständlichkeit sein.

Die NRWSPD ist startklar! Wir wollen machen. Wir wollen all die Stärken nutzen, die in den Menschen und unserem tollen Land stecken. Und ein NRW erschaffen, auf das wir alle noch viel stolzer sind.

Deshalb bitte ich Sie um Ihre Stimme für die SPD und für mich als Ihren zukünftigen Ministerpräsidenten.

Ihr Thomas Kutschaty



Thomas Kutschaty



Nach der Wahl wollen wir mit Thomas Kutschaty als Ministerpräsident die neue Landesregierung anführen, um unsere Ideen umzusetzen und so unser NRW von morgen zu verwirklichen. Hier stellen wir Ihnen vor, welche Ziele uns dabei besonders am Herzen liegen.

Eine echte Bildungsoffensive

Das Aufstiegsversprechen in NRW muss erneuert werden. Wir brauchen mehr Lehrkräfte, müssen Schulen sanieren, Ganztagschulen massiv ausbauen, bessere Kita-Angebote schaffen und das digitale Lernen vorantreiben. Unser Versprechen: kein Abschluss ohne Anschluss.

Arbeit mit Zukunft

Digitalisierung, Klimaschutz und gesellschaftlicher Wandel verändern unsere Arbeitswelt. Wir schaffen deshalb mit aktiver Arbeits- und Wirtschaftspolitik die Bedingungen für neue, sichere Arbeitsplätze mit guten Arbeitszeiten und anständigen Löhnen.

Gesundheit und Pflege stärken

Die Pandemie zeigt: Wer am falschen Ende spart, zahlt drauf. Deshalb brauchen wir endlich bessere Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte in NRW. Die Schließungen

von Krankenhäusern und Krankenstationen werden wir stoppen.

Klimaschutz – aber richtig

Für ein klimaneutrales NRW beschleunigen wir Planungs- und Bauvorhaben und bauen die Nutzung von Windkraft, Wasserstoff und Solarenergie aus. Es braucht dafür sichere Arbeit für alle, die den Wandel in die Praxis umsetzen.

Bezahlbarer Wohnraum

Wohnen ist in NRW zur sozialen Frage geworden. Denn bezahlbarer Wohnraum ist für einen Großteil der Menschen in unserem Land existenziell. Um die Kosten für viele zu senken, werden wir 100.000 Wohnungen pro Jahr neu bauen.

Weitere Informationen zu unserem Spitzenkandidaten finden Sie unter www.thomas-kutschaty.de

Guten Tag, liebe Leser*innen,

am 15. Mai ist die Landtagswahl in NRW. Die Ära Laschet mit der rechtswidrigen Räumung des Hambacher Forsts, dubiosen Maskendeals und chaotischer Schulpolitik ist zu Ende gegangen. Doch auch unter seinem Nachfolger Hendrik Wüst hat sich die Lage nicht verbessert. Die Schulpolitik ist noch immer katastrophal, Verkehrspolitik findet gar nicht statt und der Umgang mit der Flutkatastrophe ist völlig schiefgegangen – sehr zum Leid der Betroffenen.

Bei dieser Wahl geht es um wichtige Zukunftsentscheidungen: Wie können die durch die Pandemie entstandenen Lücken in der Bildung aufgeholt werden? Wie stellen wir sicher, dass es genug Lehrkräfte gibt, um Unterrichtsausfall zu vermeiden?



Wie gehen wir mit der noch andauernden Pandemie um? Wie verhindern wir die Spaltung der Gesellschaft in sozialen Fragen? Wie können wir angesichts der steigenden Preise dafür sorgen, dass niemand im Winter frieren muss und sich jeder den Weg zur Arbeit leisten kann?

In dieser Ausgabe werden wir Ihnen unseren Kandidaten für den Nord-Wahlkreis Warendorf, Ralf Pomberg, und den Kandidaten der SPD für das Amt des Ministerpräsidenten, Thomas Kutschaty, vorstellen. Zudem haben wir die wichtigsten Vorhaben aus dem SPD-Wahlprogramm zusammengefasst, damit Sie eine informierte Entscheidung treffen können.

Auch über die Kommunalpolitik in Telgte möchten wir Sie informieren. Informationen zu aktuellen Themen und unserem Ortsverein finden Sie jederzeit auf unserer Website: www.spd-telgte.de

Oder folgen Sie uns auf Facebook und Instagram. Natürlich können Sie uns auch persönlich ansprechen oder eine E-Mail schreiben an:

spd.telgte+Leserbrief@gmail.com

Wir werden donnerstags auf dem Wochenmarkt am Rathaus und samstags auf dem Telgter Marktplatz einen Stand aufbauen, wo Sie sich informieren und mit uns diskutieren können. Wir freuen uns auf Sie.

Bleiben Sie gesund – und gehen Sie wählen!

Klaus Resnischek
Vorsitzender des SPD-Ortsvereins
Telgte/Westbevern

Schulpolitik in NRW - Das Versagen einer Ministerin

Die schwarz-gelbe Koalition hatte sich nach der Landtagswahl 2017 in der Bildungspolitik viel vorgenommen. Die Schulen in NRW sollten modernisiert, technisch gut ausgestattet und von Bürokratie entlastet werden. Auch in die digitale Infrastruktur an den Schulen sowie die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften in diesem Bereich wollte die Landesregierung massiv investieren. Mithilfe eines Schulfreiheitsgesetzes sollten die Schulen mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.



Das liegt auch an den 5.000 unbesetzten Stellen für Lehrkräfte. Als Lösung für den Lehrkräftemangel brachte die Schulministerin im Februar 2022 die Abschaffung der Zulassungsbeschränkungen für Lehramtsstudiengänge ins Spiel. Warum Yvonne Gebauer das Problem jedoch erst jetzt angeht, ist völlig unverständlich. Zudem wird die Abschaffung der Zulassungsbeschränkungen keinesfalls das Problem beheben.

Zudem versprach die Landesregierung: „Wir werden den Unterrichtsausfall transparent erfassen. Unser Ziel ist eine Unterrichtsgarantie. Mittelfristig streben wir eine 105-prozentige Lehrerversorgung an, vordringlich an den Grundschulen.“

Was ist aus diesen Zielen geworden?

Dass die technische Ausstattung und die digitale Infrastruktur der Schulen auch knapp drei Jahre nach Antritt der schwarz-gelben Landesregierung mangelhaft waren, hat die Corona-Pandemie eindrucksvoll gezeigt.

Erst Ende 2021, gerade noch rechtzeitig vor der Landtagswahl, stellte die Regierung eine „Digitalstrategie Schule NRW“ vor und verabschiedete im Kabinett den Entwurf für das versprochene Schulfreiheitsgesetz.

Dieses Gesetz soll Schulen zusätzliche Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten bieten und die Digitalisierung rechtlich verankern.

Die technische Ausstattung der Schüler*innen wird im Gesetzentwurf jedoch nicht ausreichend geregelt.

Beim Distanzunterricht scheitern Video-Konferenzen teilweise an zu geringer Bandbreite oder fehlenden digitalen Endgeräten, weil sich finanziell schlechter gestellte Familien diese gar nicht oder nicht für alle Kinder leisten können. Hier muss der Staat einspringen und dafür sorgen, dass alle Kinder am Unterricht

teilnehmen können. Vor diesem Hintergrund ist es fatal, dass die digitalen Endgeräte nach dem schwarz-gelben Gesetzentwurf nicht in die Lernmittelfreiheit einbezogen und somit nicht auf die von den Eltern zu zahlenden Eigenanteile angerechnet werden.

Zudem trägt weiterhin die Schulleitung die Verantwortung für den Datenschutz – und das, obwohl sie an der Auswahl der verwendeten Lehr- und Lernsystemen nicht beteiligt wird und diese komplexe Aufgabe kaum von den Schulen alleine zu bewältigen ist.

Echte pädagogische Freiheiten in Bezug auf Formen der Leistungserbringung, -bewertung und -prüfung sieht das Gesetz nicht vor.

Dabei wäre eine solche Flexibilität gerade angesichts der Pandemiesituation sinnvoll. Das Versprechen von mehr Schulautonomie konnte die Regierung also nicht einlösen.

Auch in Bezug auf den Unterrichtsausfall und den Lehrkräftemangel kann die Regierung keine Erfolge feiern. Zwar wird der Unterrichtsausfall seit dem Schuljahr 2018/2019 an den Schulen in NRW genau erfasst, allerdings verursacht diese Erhebung an den Schulen zusätzlichen bürokratischen Aufwand und löst nicht das Problem. In ganz NRW sind im Schuljahr 2018/2019 etwa 3,3 Millionen Unterrichtsstunden ausgefallen.

Damit ist die Landesregierung mit ihrem Versprechen einer Unterrichtsgarantie gescheitert.

Stattdessen müssen neue Studienplätze und Anreize wie z. B. eine einheitliche Besoldung für Lehrkräfte geschaffen werden.

Aktuell verdient eine Grundschullehrkraft zum Berufseinstieg etwa 640 Euro weniger als eine Lehrkraft am Gymnasium. Diese ungleiche Bezahlung führt zu rückläufigen Studierendenzahlen für die schlechter bezahlten Schulformen. Obwohl sich die Schulministerin 2017 für eine Angleichung der Besoldung ausgesprochen hatte, wurde dies bisher nicht umgesetzt. Drei entsprechende Anträge der SPD wurden von der schwarz-gelben Landesregierung abgelehnt. Es gebe viele Gründe für die fehlende Angleichung, sagte Gebauer im WDR. Einer davon seien die von den Corona-Maßnahmen verursachten hohen Kosten.

Als Begründung dafür, dass viele der angekündigten Schulreformen nicht oder erst gegen Ende der Legislaturperiode durchgeführt wurden, führt Schulministerin Gebauer die schwierige Corona-Lage an.

Diese Argumentation ist aber nur zu einem gewissen Grad nachvollziehbar, denn immerhin hatte Schwarz-Gelb knapp drei Regierungsjahre Zeit, um Reformen auf den Weg zu bringen, bevor die Pandemie ausbrach.

Pia Pellmann

Schulpolitik in der Corona-Pandemie

Besonders der Umgang der Landesregierung mit dem Coronavirus in der Schulpolitik löste bei Schulen, Lehrkräften, Eltern und Schüler*innen große Unzufriedenheit aus. Wir haben zwei Telgte(r)innen nach ihren Erfahrungen mit der Corona-Schulpolitik gefragt. Maïke Stutter ist Mutter von Zwillingen, die in der Corona-Pandemie eingeschult wurden. Alexandra Heiser (Pseudonym) berichtet von ihren Erfahrungen an einer Schule.

Schule und Corona - Ein Kommentar aus Elternperspektive

Die Schulen haben sich große Mühe gegeben, rechtzeitig an die Familien heranzutreten, wenn es in den Distanzunterricht ging. Das hing immer sehr stark vom Pandemiegeschehen ab. Sicherlich waren teilweise nur ein bis zwei Überbrückungstage da, aber das ist vornehmlich der nicht konsequenten Entscheidungskommunikation der Landesregierung vorzuwerfen.

Es gab häufig ein Hin und Her, was Schulschließungen anging, und es war keine klare Linie erkennbar. Von der Politik wünsche ich mir künftig klare Ansagen, gerade in einer Pandemiesituation.

Am überflüssigsten war die Diskussion über das Maskentragen im Unterricht. Die Kinder sollten selbst entscheiden, ob sie eine Maske tragen wollen oder nicht. Eine solche Entscheidung sollte nicht von Grundschüler*innen verlangt werden. Stattdessen sollten die Verantwortlichen abwägen, ob eine Maskenpflicht angesichts der Corona-Lage notwendig ist, und die Entscheidung sollte den Kindern erklärt werden. Meine Kinder waren sehr verunsichert und haben die Maske lieber aufgelassen. Zu dem Zeitpunkt waren die Infektionszahlen noch immer sehr hoch und es gibt bislang noch immer keine Luftfiltergeräte in der Schule. Auch an dieser Stelle wünsche ich mir künftig mehr Bürokratieabbau und eine schnellere Umsetzung an Schulen.

Es darf nicht daran scheitern, dass zunächst langwierige Gutachten erstellt werden müssen, um entscheiden zu können, welche Luftfiltergeräte die sinnvollsten für welche Schule sind.

Gerade in akuten Situationen ist so etwas kontraproduktiv. Vor Ort muss die Schule dann selbst schnell reagieren und unter Umständen selbst Handwerksfirmen beauftragen können, die Luftfiltergeräte installieren. Denn jetzt sind mittlerweile die Geräte so nachgefragt und die entsprechenden Installationsfirmen auftragsmäßig ausgelastet, dass es schwierig wird mit einer kurzfristigen Umsetzung.

Leider wieder zum Nachteil der Kinder und Lehrer*innen.

Ein weiterer Punkt ist das Thema Digitalisierung an Schulen.

Sehr gut ist, dass die Schulen kurzfristig mit Tablets versorgt wurden. Nur leider funktionierten mit diesen Tablets die Videokonferenzen nicht, sodass die Kinder im Zuge des Distanzunterrichts regelmäßig aus den Sitzungen herausgeflogen sind.

Gerade bei Erstklässler*innen ist das sehr schwierig, da die Kinder dann schnell unmotiviert sind. Es muss das Ziel sein, dass alle Schüler*innen (von der 1. bis zur Abi-Klasse) stabile und für sämtliche am Markt befindliche Betriebssoftware ge-

eignete Anwendungen für Videokonferenzen nutzen können. Es darf nicht passieren, dass Messengerdienste, die nicht geeignet für Tabletsoftware sind, als Videokonferenztool an Schulen eingesetzt werden.

Maïke Stutter



Zwei Jahre Corona-Pandemie im Schulbetrieb

Zu den Verlierern der Pandemie gehören ganz sicher auch die Kinder und Jugendlichen. Weniger Präsenzstunden sowie eingeschränkte Sozialkontakte, stattdessen viel Lernen zu Hause unter teilweise schwierigen Bedingungen (z. B. keine Rückzugsmöglichkeiten wie ein eigenes Zimmer, kein eigener Computer). Defizite sind jetzt schon erkennbar.

Es wird aktuell angenommen, dass ein Drittel der Schüler*innen deutliche Lernrückstände hat.

Statt Lehrpläne zu entschlacken, hat die Landesregierung viel Geld für Bildungsprogramme wie zum Beispiel „Aufholen nach Corona“ bereitgestellt, um die „Kompensation von Lernrückständen“ zu ermöglichen. Ob das mit diesem Angebot für alle Schüler*innen möglich sein wird, darf jedoch durchaus bezweifelt werden. Denn schließlich wird es vor allem für Leistungsschwächere schwer bis unmöglich sein, vormittags neue Lehrinhalte vermittelt zu bekommen und nachmittags zusätzlich verpassten Stoff aufzuholen.

Unabhängig davon befinden sich die Schulen immer noch nicht wieder in einem Normalmodus wie vor der Corona-Pandemie. Immer wieder sind Kinder in Quarantäne und Schnelltests rauben

außerdem kostbare Zeit zum Lernen.

Unter diesen Umständen ist es für die Schulen fast unmöglich, das fehlende Wissen nachzuholen.

Statt alle Schulen mit Luftfilteranlagen auszustatten, dadurch den Präsenzunterricht zu sichern und Schüler*innen und Lehrkräfte vor einer Ansteckung zu schützen, wurden permanent von der Landesregierung die Vorgaben für die Schulen geändert.

Diese wurden in einer erschreckenden Regelmäßigkeit erst freitagabends den Schulleitungen mitgeteilt, die dann übers Wochenende mit den Lehrer*innen überlegen mussten, wie diese Regelungen umzusetzen sind bzw. wie die Elternschaft zu informieren ist.

Insgesamt konnte man den Eindruck gewinnen, dass es dem Bildungsministerium und Frau Gebauer nicht in erster Linie um die Schüler*innen, Lehrer*innen oder die Mitarbeiter*innen an den Schulen geht, sondern vor allem darum, die Schulen offen zu halten, damit die Eltern ihrer Arbeit nachgehen können.

Alexandra Heiser

Ferienangebot für abgelehnte ÜMi-Grundschulkinder in Telgte

Für viele Familien, die sich mit der Anmeldung ihrer Grundschulkin- der in der Über-Mittag-Betreu- ung (ÜMi) für das neue Schuljahr 2022/23 darauf verlassen hatten, dass ihre Kinder an Schultagen bis zum Mittag und zum Teil in den Ferien verlässlich betreut werden, waren die Briefe der Stadt Telgte ein Schock. Den El- tern wurde mitgeteilt, dass eini- gen angemeldeten Dritt- und Viertklässlern kein Angebot zur Betreuung im Bereich der ÜMi unterbreitet wird.

Politisch könnte und sollte man sich einmal fragen, ob sich die Verwaltung und vielleicht auch die Frak- tionen im Rat – wenn man selbstkritisch ist – nicht schon vor den Anmeldungen der Grundschulkinder die Frage hätte stellen können, ob die voraussichtlich ge- wünschten ÜMi-Plätze in ausreichender Menge vorhanden sind und was man



macht, wenn dies nicht der Fall ist.

So hat man aber die Eltern in einer gewissen Sicherheit gewiegt, aus der es jetzt für einen Teil der Eltern der angemeldeten Dritt- und Viertklässler ein böses Erwachen gibt.

Da hilft es leider nur sehr bedingt, dass diesen Kindern nun ein Angebot im Bereich der Offenen Ganztagsschule unterbreitet wird.

Aus diesem Grund setzt sich die SPD dafür ein, dass die Stadt Telgte als Schulträgerin für alle Grundschulkinder, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht in der ÜMi aufgenommen werden und nicht in die OGS wechseln können oder wollen, zumindest für die Schulferien ein Angebot analog zur ÜMi unterbreitet wird.

Dadurch sollen wenigstens in den Schulferien die Eltern dabei unterstützt werden, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherzustellen.

Björn Jung

Mehr bezahlbaren Wohnraum für Telgte schaffen

Der Wohnungsmarkt in Telgte ist ange- spannt. Eine hohe Nachfrage trifft auf ein geringes Angebot, was immer weiter steigende Mieten zur Folge hat.

Es entsteht zwar auch in Telgte immer wieder neuer Wohnraum, für private Bauträger steht dabei aber oft der Profit im Vordergrund.

Sozialwohnungen sind dabei oftmals finanziell weniger attraktiv als nicht geför- derter Wohnraum und werden entsprechend weniger gebaut. Die Folge ist, dass in Deutsch- land im Jahr 2020 rund 26000 Wohnungen mehr aus der Sozialbin- dung gefallen sind, als neue errichtet wurden. Telgte liegt dabei im Trend. Von den 187 vor- handenen Mietwoh- nungen mit Sozial- bindung könnten 2030 nur noch 30 Mietwoh- nungen übrig bleiben.

Das Nachsehen bei dieser Entwicklung haben Familien mit geringem bis mittlerem Einkommen, Geflüchtete und Wohnungslose.

Die Stadt Telgte selbst hält 87 Wohnun- gen, in denen sie zurzeit 369 Geflüchtete

zitäten zur Aufnahme weiterer bedürf- tiger Menschen sind dabei nur noch begrenzt verfügbar.

Dabei ist in den nächsten Jahren mit mehr Zuweisungen von Geflüchteten an die Stadt Telgte zu rechnen. Ehemalige afgha- nische Ortskräfte kommen nach Deutsch- land, genau wie der Familiennachzug von bereits Geflüchteten. Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sind dabei noch gar nicht abzuschätzen.



Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass von den bereits belegten Wohnungen nur wenige wieder zur Verfügung stehen wer- den. Denn wegen der großen Nachfrage an Wohnraum haben Geflüchtete es oft besonders schwer, auf dem freien Woh- nungsmarkt eine Wohnung zu finden.

Eine Möglichkeit, wie die Stadt selbst aktiv gegen die angespannte Situation auf dem

Wohnungsmarkt vorgehen könnte, haben wir bereits 2020 anlässlich der Kommu- nalwahl aufgezeigt:

Die Stadt sollte dazu übergehen, selbst neue Wohnungen zu bauen, damit sie diese zu erschwinglichen Preisen anbieten kann.

Dies könnte mit Hilfe einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft realisiert wer- den. Mehr als 740 Kommunen setzen in Deutschland bereits auf so ein Modell. Um- gesetzt wird dies meist in Form einer GmbH mit gesellschaftsrecht- licher Beteiligung der Kommune. Hauptzweck dieser Wohnungsbaugesell- schaften ist es, eine breite Bevölkerungsschicht mit bezahl- barem Wohnraum und Sozialwohnungen zu versorgen. Menschen mit wenig Geld rücken

so ins Zentrum der Wohnraumplanung. Eine Durchmischung verschiedener Mietergruppen kann dabei einen diskrimi- nierungsfreien Zugang zu Wohnraum ermöglichen und auch zukünftig soziale Brennpunkte verhindern.

Simon Schätzlein

Unser Kandidat Ralf Pomberg im Interview

Hallo Ralf! Du bist unser Direktkandidat hier im Wahlkreis. Erzähl mal ein bisschen über dich selbst. Wer bist du eigentlich?

Mein Name ist Ralf Pomberg. 1973 in Beelen geboren, wohne ich zusammen mit meiner Frau Monika und unserer Labrador-Dame Feenja in einem Einfamilienhaus noch immer in meinem Geburtsort. Ich habe einen Sohn. Nach der Hauptschule habe ich Zentralheizungs- und Lüftungsbauer bei der Firma Elkmann in Beelen gelernt und bin 1996 zur Wasserversorgung Beckum GmbH gewechselt. Hier arbeite ich noch immer als Meister im Bereich Trinkwasserhausanschlüsse und ländliche Erschließungen. In meiner Freizeit findet man mich im Garten, beim Spazieren gehen, in der Sauna, bei Freund*innen oder aber in einem meiner Ehrenämter (SPD, DRK, Weihnachtsmarkt Beelen, Schöffe), ab und zu natürlich auch einfach vor dem Fernseher bei einer Netflix-Serie.

Wann und warum bist du eigentlich in die SPD eingetreten?

1992 bin ich in die SPD eingetreten.

Die Inhalte und Werte der SPD haben mich von Anfang an überzeugt. Durch meine ehrenamtliche Tätigkeit im DRK war und ist mir der soziale Aspekt in der Politik sehr wichtig.

Auch die Verbindung der SPD zur Arbeitnehmerschaft und zu Gewerkschaften spiegelt meine Einstellung wider. Und so war es eine glückliche Fügung, dass Anton Bäumker, ein Beelener SPD-Urgestein, mich unter seine Fittiche genommen und mich gefördert hat. Ihm habe ich sehr viel zu verdanken. Leider ist er viel zu früh verstorben.

Du bist seit 2004 in der Kommunalpolitik aktiv. Was war dein größter Erfolg?

Mein größter Erfolg war, die Mitglieder und Delegierten der SPD überzeugt zu haben, mich als ihren Landtagskandidaten zu nominieren.

... und was dein größter Rückschlag?

...dass wir es 2020 nicht geschafft haben, die Beelener Bürger*innen von einer weiterführenden Schule in unserem leerstehenden Schulgebäude zu überzeugen. Diese Chance für unsere Gemeinde ist leider verstrichen.



Was hat dich dazu bewegt, zu kandidieren?

Anton Bäumker hat mich mit seiner Art dazu gebracht, mich politisch zu engagieren. Er hat mir früh gezeigt, dass man nur etwas bewegen kann, wenn man bereit ist, sich eine Meinung zu bilden und diese dann auch an geeigneter Stelle zu äußern.

Die Ausrichtung unserer Partei, insbesondere in sozialen Themen, hat mich immer wieder angetrieben, mitzuwirken. So war es für mich jetzt der richtige Schritt, für den Landtag zu kandidieren.



Was qualifiziert dich besonders für das Amt des Landtagsabgeordneten?

Seit fast 30 Jahren fühle ich mich in der SPD zu Hause. Das allein qualifiziert mich zwar noch nicht ausreichend, ist aber eine gute Grundlage, um den Schritt Richtung Landtag gehen zu wollen. In der Kommunalpolitik habe ich Erfahrungen gesammelt, was Vorbereitung, Argumentation und Meinungsäußerung zu den unterschiedlichen Themen angeht. Auch in unbequemen Diskussionen scheue ich mich nicht, die Standpunkte unserer SPD zu vertreten.

Letztlich habe ich nach wie vor einfach Lust daran, etwas zu verändern und mich einzusetzen.

Politik macht mir ganz einfach auch Spaß! Und deshalb möchte ich die Basis im künftigen NRW-Landtag vertreten.

Wofür möchtest du dich besonders einsetzen?

Ich möchte mich für die Stärkung des Handwerks, Bildung und Mobilität einsetzen sowie für weitere Themen, die mir Bürger*innen oder auch die Ortsvereine mit auf den Weg geben. Letztlich habe ich mir zwar ein paar Schwerpunkte gesetzt, aber in Düsseldorf vertrete ich natürlich auch die Interessen und Themen aller Bürger*innen.

Fortsetzung auf Seite 8 ►

Fortsetzung von Seite 7 ►

Die Stärkung des Handwerks ist für dich ein ganz zentrales Thema. Kannst du uns ein paar ganz konkrete Maßnahmen nennen, wie man das erreichen kann?

In den vergangenen Jahren hat das Ansehen des Handwerks an Wert verloren.

Und dabei benötigt wirklich jeder Mensch im Laufe seines Lebens die Dienstleistung von Handwerker*innen.

Ein Spruch von Günter Jauch bringt es ganz gut auf den Punkt: „Wenn ein junger Mensch Installateur wird [...] und später vielleicht eine eigene Firma gründet – meine Güte, damit ist man doch heute weit vorn. Nichts gegen Geisteswissenschaftler, aber wenn ich im Dunklen sitze, ist die Sehnsucht nach einem pfiffigen Elektriker deutlich ausgeprägter als die nach einer weiteren Stimme im Historikerstreit“.

Wie stärkt man das Handwerk?

- herausstellen, dass das Einkommen in handwerklichen Berufen dem Einkommen nach einem Studium in nichts nachsteht
- tarifgerechte Entlohnung
- duales Studium
- Azubi-Ticket für den ÖPNV - wie auch bei Studierenden
- Unterstützung beim Nachfolge-
management: Das betrifft häufig mittelständische Familienunternehmen; sollten keine Nachfolger*innen da sein, sollte man das Zusammenbringen von Firma und Interessierten begleiten
- durch Kampagnen mit Persönlichkeiten, die für diesen Bereich werben
- das Gespräch mit Handwerksbetrieben suchen: Denn wer weiß besser, was hilft, den Wert der Handwerksarbeit wieder wertzuschätzen?

Du bist ganz klar gegen den Ausbau der B51/B64n. Warum?

Seit langer, langer Zeit spricht man in Beelen, Warendorf, und Telgte über Umgehungsstraßen. Schon in den 70ern war dieses Thema präsent. Viele Jahre nahm der Verkehr immer mehr zu. Schließlich ist das Auto der Deutschen liebste Kind, wie man das so schön sagt. Und so verwundert es nicht, dass so viele Deutsche ein eigenes Auto haben.

Der ÖPNV wurde in den vergangenen Jahren meines Erachtens arg vernachlässigt.



Das führte dazu, dass noch mehr Menschen auf das Auto angewiesen waren. In unserer ländlich geprägten Region ist es durchaus nachvollziehbar, dass eine Familie häufig mehr als ein Auto hat, um Beruf, Schule, Freizeit und Termindruck unter einen Hut bringen zu können.

Gerade aber in den letzten Jahren, wo der Klimaschutz immer mehr in den Fokus gerät und ein Umdenken der Menschen zu einem veränderten Mobilitätsverhalten führt, soll nun eine dreispurige Kraftfahrts Bundesstraße in unserer Region gebaut werden.

Ein Argument soll die Verbindung der Oberzentren Münster und Bielefeld sein. Meiner Meinung nach ist der Flächenverbrauch gerade für die Landwirtschaft viel zu hoch, das Geld wird für die „falsche“ Mobilität eingesetzt und wir berücksichtigen mit dem Bau einer solchen Straße überhaupt nicht, dass es neue Formen der Mobilität gibt.

Ich glaube, dass sich die Verantwortlichen von Bund und Land einfach nicht trauen, die geplante Straße in Frage zu stellen und noch einmal neu zu denken.

Was wäre, wenn der ÖPNV so gut ausgebaut wäre, dass Familien wieder mit nur einem Auto auskommen könnten? Was ist mit Car-Sharing? Was passiert, wenn dieses große Bauwerk fertig gestellt wird, der Verkehr aber rückläufig ist? Eine Umgehungsstraße im eigentlichen Sinn ist diese Straße jedenfalls nicht.

Fortsetzung auf Seite 9 ►

Lebenslauf

Persönliches

- 1973 in Beelen geboren
- verheiratet, ein Sohn
- arbeitet für einen mittelgroßen Wasserversorger

Ausbildung/ beruflicher Werdegang

1989

Abschluss der Hauptschule und Beginn einer Ausbildung zum Zentralheizungs- und Lüftungsbauer

nach einigen Gesellenjahren

berufsbegleitend den Rohrnetz- und Wassermeister gemacht

Politischer Werdegang

1992

Eintritt in die SPD

ab 2004

Mitglied im Gemeinderat Beelen

ab 2016

Fraktionsvorsitzender der SPD im Gemeinderat

2017-2021

Vorsitzender der SPD Beelen

seit 2020

Vorsitzender im Schulausschuss

2022

Direktkandidat der SPD im Nordkreis Warendorf

Ehrenämter/ Mitgliedschaften (Auszug)

- Vorsitzender der Beelener Weihnachtsmarktgemeinschaft e.V.
- Schatzmeister des DRK Beelen e.V.
- Mitglied im Verein Bürgerbus Beelen
- Mitglied bei der Männersolidarität Beelen
- Mitglied im Bürgerschützenverein Beelen e.V.
- Mitglied im Sportverein Blau-Weiß Beelen e.V.
- Schöffe am OVG Münster



Fortsetzung von Seite 8 ►

Du stammst aus Beelen und bist mit dem Ort sehr verbunden. Aber uns interessiert natürlich auch: Was verbindet dich mit Telgte?

Telgte ist für mich ein Ort mit Traditionen. Da denke ich zunächst an Veranstaltungen wie die Kutschenwallfahrt oder den Mariä Geburtsmarkt. Außerdem hat Telgte einen wunderschönen Marktplatz und viele alte und schön sanierte Gebäude. Wenn man in der Stadt spazieren geht, kann man etliche kleine Geschäfte entdecken. Meine Nichte ist bei den Alexianern angestellt. Auch diese Institution verbinde ich mit Telgte.



Die Kleinstadt hat eine wunderschöne Wallfahrtskirche und ist durch Veranstaltungen auf den Planwiesen bekannt. Zuletzt durfte ich hier bei einer Fahrrad-demonstration gegen die B 51/B 64n für die SPD sprechen. Außerdem zeichnet sich Telgte dadurch aus, einen „grünen“ Bürgermeister zu haben, d.h., auch offen für neues Denken zu sein.

Letzte Frage: Was sollten die Leute sonst noch über dich wissen?

... dass sie mit ihrer Stimme jemanden wählen können, der mit viel Herzblut und Engagement den Nordkreis Warendorf im Land vertreten möchte.

Ansonsten kann mich jeder, der noch Fragen hat, gerne über die unterschiedlichen Kanäle kontaktieren.

Lieber Ralf, danke für das Interview!



Der rote Faden

Neu in der SPD-Fraktion: Maike Stutter

Wir, die SPD Telgte/Westbevern, freuen uns, Maike Stutter als neues Mitglied in der SPD-Fraktion begrüßen zu dürfen.

Sie ist seit ihrer Wahl ständiges Mitglied im Schul- und Kulturausschuss.

Maike ist 41 Jahre alt, verheiratet und Mutter von Zwillingen, die in die erste Klasse gehen. Sie arbeitet als Anwendungsbetreuerin bei einem orts-nahen Energieversorgungs- und Mobilitätsunternehmen. In ihrer Freizeit macht sie viel Sport, geht gerne schwimmen, walken und wandern. Sie ist vor zwei Jahren mit ihrer Familie von Wolbeck nach Telgte gezogen und fühlt sich hier sehr wohl. Besonders gefallen ihr die Ems und der schöne Altstadt-kern mit seinen individuellen Läden.



Maike hat sich im letzten Jahr entschieden, in die SPD einzutreten, um sich vor Ort für die Menschen und Familien zu engagieren.



„Die Themen Schule und Kultur liegen mir sehr am Herzen. Telgte soll weiterhin so lebenswert bleiben und die Schulen sollen möglichst unbürokratisch Unterstützung bekommen bzw. selbst mehr entscheiden dürfen. Es muss möglich sein, dass in Pandemiesituationen Schulen schneller selbst reagieren dürfen, ohne erst eine entsprechende Einwilligung des Schul-trägers abwarten zu müssen.“

Ihr Ziel ist es, die Digitalisierung an den Schulen voranzutreiben und Familien stärker zu fördern, z. B. durch mehr Betreuungsangebote und bessere finanzielle Unterstützung bei den Betreuungskosten.

Zudem möchte sie im kulturellen Bereich dafür sorgen, dass Telgte nach der Pandemie wieder viele Besucher*innen anlockt.

Klaus Resnischek



Weitere Informationen zu unserem Kandidaten finden Sie unter www.ralf-pomberg.de

Der Hambacher Forst:

Am 13.09.2018 wurde mit der Räumung des von Umweltaktivist*innen besetzten Hambacher Forsts begonnen. Sie wurde zum größten Polizeieinsatz in der Geschichte NRWs, der nach Schätzungen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine Million Arbeitsstunden kostete. Während der Räumung waren täglich bis zu 3.000 Polizist*innen im Einsatz. Die Kosten gehen in die Millionen. Offizielle Begründung für den Einsatz war mangelnder Brandschutz in den selbst gebauten Baumhäusern.

Dass die Landesregierung dies jedoch nur als Vorwand nutzte, um die gewollte Räumung des Waldes auf illegale Weise durchzudrücken, wurde im Nachhinein schnell klar.

Inzwischen hat auch das Verwaltungsgericht Köln entsprechend geurteilt.

Lange hat die Landesregierung geleugnet, mit ihrer Räumung RWE den Weg für weitere Rodungen freimachen zu wollen. Es habe keine Absprachen mit RWE gegeben. Innenminister Reul (CDU) erklärte am 23.09.2018 im WDR, die Räumung habe „mit der Baumrodung gar nichts zu tun. Das werfen die Leute ja alles durcheinander, bedauerlicherweise.“ Es sei „Gefahr im Verzug. Das sind lebensgefährliche Situationen. Und der Staat hat dafür zu sorgen, dass diese gefährlichen Situationen beseitigt werden. Nur darum geht's.“

Inzwischen musste Reul einräumen, dass vor der Aktion im Hambacher Forst sehr wohl Gespräche mit RWE stattgefunden



hatten. Auch Armin Laschet gab im September 2019 am Rande einer Bürgerversammlung zu:

„Ja, ich brauchte einen Vorwand. Sonst kann man ja nicht tätig werden. Ich wollte den Wald räumen.“

Zwei von der Landesregierung in Auftrag gegebene Gutachten, die von dieser ein Jahr lang unter Verschluss gehalten und erst auf Druck von Journalist*innen und Aktivist*innen veröffentlicht wurden, belegen die Intention hinter der Räu-

mung. Nachdem die zuständigen Behörden in Kerpen und Merzenich den Antrag von RWE, den Hambacher Forst zu räumen, am 01.08.2018 ablehnten, wurde die Landesregierung aktiv.

Bereits am 09.08. lag ein vom Innenministerium beauftragtes Gutachten vor, das klären sollte, wie die Polizei den Wald trotz der ablehnenden Haltung der kommunalen Behörden doch räumen könnte.

Das Gutachten einer Münsteraner Anwaltskanzlei, die – wie inzwischen deutlich geworden ist – Kontakte zu RWE pflegte, untersuchte ein halbes Dutzend rechtliche Begründungen daraufhin, ob auf deren Basis der von der Landesregierung gewollte Polizeieinsatz durchgesetzt werden könnte. Als effektivste Möglichkeit wurde dabei das Baurecht identifiziert. Daraufhin gab das Bauministerium ein zweites Gutachten bei der

Kanzlei in Auftrag, um Einzelheiten zu klären.

Um den Wald räumen zu können, wurden am 04.09.2018 die Baumhäuser im Hambacher Forst vom NRW-Bauministerium zu baulichen Anlagen erklärt. Da diese weder über Rettungstreppen noch über Zufahrten für Rettungskräfte verfügten, verstießen sie nun gegen brandschutzrechtliche Vorschriften und müssten daher unverzüglich geräumt werden. Am Folgetag begannen mehrere Hundertschaften der Polizei Hindernisse und Blockaden zu entfernen.

Dabei wurden die zuständigen Ordnungsbehörden gegen ihren Willen zur Räumungsaktion angewiesen – mit fadenscheinigen Gründen und obwohl noch ein wichtiges Gerichtsurteil ausstand.

Denn der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) NRW hatte bereits im April 2018 aufgrund des Vorkommens seltener Tierarten im Hambacher Forst gegen die Rodungspläne von RWE geklagt.

Das noch ausstehende Urteil wurde von der Landesregierung nicht abgewartet. Bis zum 02.10. wurden alle Baumhäuser geräumt. Drei Tage später untersagte das Oberverwaltungsgericht Münster RWE weitere Rodungen, da der Ausgang des



Räumung um jeden Preis

Klageverfahrens vom BUND offen sei und die Abholzung des Waldes nicht rückgängig gemacht werden könnte, falls das Gericht dem BUND zustimmen sollte. Zudem konnte RWE nicht nachweisen, dass ohne eine sofortige Rodung die Energieversorgung gefährdet sei. Vor diesem Hintergrund erscheint die Räumung noch unverantwortlicher.

Im September 2021 vergrößerte ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln die Blamage für die Landesregierung weiter, indem es feststellte, dass die Räumung des Hambacher Forsts rechtswidrig war.



einsatz, der angesichts des später gerichtlich verordneten Rodungsstopps nur als grandiose Ressourcenverschwendung bezeichnet werden kann.

Selbst nachdem die Räumung vom Verwaltungsgericht Köln als rechtswidrig verurteilt worden war, wurde von Seiten der Landesregierung Druck auf die Stadt Kerpen ausgeübt und der Bürgermeister rechtswidrig angewiesen, entgegen der Entscheidung des Stadtrats Rechtsmittel einzulegen.

Alle Verantwortlichen leugneten so lange ihr Fehlverhalten, bis es ihnen nachgewiesen werden konnte – und zum Teil auch darüber hinaus.

In der Weisung des Ministeriums zur Räumung werde deutlich, dass es nicht um die Sicherheit der Besetzer*innen ging, sondern um ihre Entfernung aus dem Hambacher Forst. Auch die enge Abstimmung mit RWE konnte nachgewiesen werden. Angesichts des Urteils stimmte der Stadtrat Kerpen mit knapper Mehrheit (SPD, Grüne, Linke und UWG) dagegen, Berufung einzulegen.

Die Räumung so zusammenfassen: Im Interesse des Energiekonzerns RWE wurde in enger Zusammenarbeit ein Vorwand zur illegalen Räumung des Hambacher Forsts gesucht. Die Stadt Kerpen wurde gegen ihren Willen von der Landesregierung zur Räumung angewiesen, einem Polizei-

Ein solches Verhalten von einer Regierung ist beunruhigend und demokratiegefährdend und muss dringend aufgearbeitet werden.

Pia Pellmann

Das hätte das Ende der Geschichte sein können.

Die Verantwortlichen hätten sich an dieser Stelle reumütig zeigen und Fehler eingestehen können. Aber das war nicht der Fall. Stattdessen erteilte das NRW-Bauministerium die Weisung, Rechtsmittel gegen das Urteil einzulegen, und der Kerpener Bürgermeister Dieter Spürck (CDU), der sich im Rat für eine Berufung eingesetzt hatte, kam dieser Weisung nach.

Die Stadtratsfraktionen von SPD, Grünen, Linken und UWG gaben daraufhin ein juristisches Gutachten in Auftrag. Das Ergebnis: Die Weisung von Landesbauministerin Ina Scharrenbach (CDU), gegen das Urteil in Berufung zu gehen, war rechtswidrig. Die Kosten des Gutachtens von gut 5.000 Euro zahlten die Auftraggeber*innen privat oder aus den Kassen der Fraktionen. Daran, dass die Berufung weiterläuft, ändert das Gutachten jedoch nichts. Dazu kommt: Die Kosten für das Verfahren muss die Stadt Kerpen selbst tragen.

Vor diesem Hintergrund kann man das Handeln der schwarz-gelben Landesregie-



AMMANN & ROTTKORD
AUFZÜGE
TREPPENLIFTE
HOMELIFTE
REHATECHNIK

Aufzüge auf kleinstem Raum

Mehr als 25 Jahre Spezialisten für Plattformlifte im öffentlichen und privaten Bereich. Der Einbau eines Ammann & Rottkord Homeliftes ist nahezu überall möglich.

info@ammann-rottkord.de | www.ammann-rottkord.de
AMMANN & ROTTKORD GMBH | Lengericher Str. 18 | 48291 Telgte | Telefon: 02504 88505

AUS DEM SPD-WAHLPROGRAMM

>> Zugang zum Studium für beruflich Qualifizierte und berufsbegleitende Angebote an den Hochschulen ausbauen

Nicht jeder Mensch findet gleich auf Anhieb den Beruf, der zu ihm passt. Andere haben ihn vielleicht gefunden, aber wollen sich noch weiter spezialisieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass allen die Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen und auch zum Wechsel des Berufsfelds offenstehen. Deswegen wollen wir die Hochschulen in NRW systematisch für Menschen öffnen, die kein Abitur haben, aber durch ihre berufliche Erfahrung für ein Studium qualifiziert sind. Außerdem wollen wir berufsbegleitende Weiterbildungsangebote ausbauen.



>> Tariftreue und Vergabegesetz

Die SPD will in den nächsten Jahren viel investieren, um NRW fit für die Zukunft zu machen. Wir wollen dabei sicherstellen, dass die Aufträge für die Umsetzung dieser Investitionen nur an solche Firmen gehen, welche ihre Angestellten mit fairen Löhnen bezahlen. Daher werden wir ein Tariftreue- und Vergabegesetz verabschieden, das dafür sorgt, dass bei allen Investitionen des Landes NRW die faire Bezahlung der Arbeitnehmer*innen garantiert wird.

ARBEIT

- Familien unterstützen durch
 - Kinderbetreuung in den Randzeiten
 - Partnerfreistellung nach der Geburt
 - Familienarbeitszeit (reduzierte Arbeitszeit bei gleichem Gehalt)
- bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege schaffen durch
 - kürzere, verlässliche und familienfreundlichere Arbeitszeiten
 - angemessene Entlohnung
 - bessere Aufstiegschancen und Möglichkeiten zur Weiterbildung
- Tariftreue- und Vergabegesetz einführen >>

BILDUNG

- beitragsfreie Bildung von der Kita bis zum Meister oder Studium
- Kitas finanziell und personell besser ausstatten >>
- für die unterjährige Aufnahme von Kindern in Kitas sorgen
- Rechtsanspruchs auf einen Offenen Ganztagsschulplatz ab 2026 einführen, in den Kernzeiten kostenlos
- Ganztagsgesetz mit verbindlichen Mindeststandards für Personal und Ausstattung vorlegen
- handwerkliche Meisterausbildung stärken und Zugangshürden abbauen
- günstigeres Azubi-Ticket mit besseren Leistungen einführen
- alle Berufsschulen bis 2030 modernisieren
- Zugang zum Studium für beruflich Qualifizierte und berufsbegleitende Angebote an den Hochschulen ausbauen >>

>> Kitas finanziell und personell besser ausstatten

Die ersten Jahre im Leben eines Menschen sind für dessen Entwicklung besonders wichtig. Wenn ein Kind in frühen Jahren nicht ausreichend gefördert wird, kann dies in der Schule nur mit sehr hohem Aufwand wieder ausgeglichen werden. Die Sicherstellung einer guten Bildung in den ersten Lebensjahren ist somit auch ein wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit für den weiteren Lebensweg eines Kindes. Deshalb wollen wir in der Bildungspolitik einen besonderen Schwerpunkt auf die frühkindliche Bildung legen.

Um gute Bildungsmöglichkeiten gerade für die Kleinsten zu sichern, wollen wir daher unter anderem die Finanzierung von Kitas und der Kindertagespflege stärken. Es soll ein verbesserter Kind-Fachkraft-Schlüssel gelten. Dabei soll es insbesondere mehr pädagogisches Personal pro Ki-

ta-Gruppe geben, sodass die Kinder besser individuell gefördert werden können. Bei diesen Maßnahmen werden wir uns nach

dem individuellen Bedarf der Kitas richten. Einrichtungen, in welchen es besonders viele Kinder mit erhöhtem Förderbedarf gibt, werden wir entsprechend mit zusätzlichem Personalausstatten. Dies wird insbesondere auch die Erzieher*innen selbstentlasten.

Darüber hinaus wollen wir die Erziehungsberufe attraktiver machen, um mehr Men-

schen für diese zu begeistern. Dazu werden wir die praxisorientierte Ausbildung ausbauen und mehr Aufstiegsmöglichkeiten schaffen. Letzteres wollen wir unter anderem durch die Einrichtung zusätzlicher Fachstellen zum Beispiel im Bereich der Sprachförderung oder dem Kinderschutz realisieren.



AUS DEM SPD-WAHLPROGRAMM

WOHNEN

- jährlich 100.000 neue Wohnungen schaffen, davon 25.000 Wohnungen mit sozialer Mietpreisbindung
- Bezahlbaren Wohnraum schaffen >>
 - Förderung kommunaler Wohnungsunternehmen
 - Ankauf bestehender Wohnungen
 - Einrichtung eines Bodenfonds
- Anwendung der Mietpreisbremse erleichtern
- durch das Programm „Umbau statt Neubau“ die Modernisierung von bestehenden Gebäuden fördern
- Barrierefreiheit bei Umbaumaßnahmen fördern
- Konzept „Housing First“ zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit umsetzen >>

>> Housing First umsetzen

Housing First ist der Ansatz, Obdachlosigkeit dadurch zu bekämpfen, den Betroffenen zuallererst und ohne Vorbedingungen eine eigene Wohnung zu bieten, in der sie dauerhaft leben können. Im Anschluss an die Unterbringung in einer Wohnung werden die Betroffenen dann durch weitere Hilfsangebote – zum Beispiel bei der Arbeitssuche, psychologischer Betreuung etc. – unterstützt.

Dass das Konzept wirkt, zeigt sich überall dort, wo es bereits praktiziert wird. Es hat sich als sehr effektiv darin erwiesen, Menschen dauerhaft aus der Obdachlosigkeit zu holen. Gleichzeitig reduziert es die Kosten für die Allgemeinheit, da Housing-First-Programme z. B. nachweislich die Zahl von medizinischen Notfällen reduzieren. Vor allem aber behandelt es die Betroffenen mit Würde, indem sie ohne Vorbedingung eine dauerhafte eigene Wohnung erhalten, anstatt sich erst durch die deutsche Bürokratie kämpfen zu müssen.



Ein gutes Beispiel dafür, dass Housing First funktioniert, ist Finnland. Denn während im Rest Europas die Zahl der Obdachlosen in den vergangenen zehn Jahren um 70 % gestiegen ist, kann Finnland seine Obdachlosenzahlen seit Jahren reduzieren. Ziel der finnischen Regierung ist es nun, die Obdachlosigkeit bis 2027 komplett zu beenden.



GESUNDHEIT

- flächendeckende wohnortnahe Versorgung durch Apotheken, ärztliche Praxen, (kinder)chirurgische Kliniken und Pflegeplätze sowie Therapieplätze und Beratungsangebote garantieren
- landesweit alle Krankenhausstandorte erhalten, möglicherweise mit verändertem Versorgungsauftrag
- Einsatz von Hebammen flächendeckend sicherstellen
- Versorgungssicherheit bei Schwangerschaftsabbrüchen herstellen: flächendeckend und kostenfrei
- Pflegende Angehörige entlasten: Pflegezeiten bei der Rente anrechnen und wohnortnahe Entlastungsangebote durch Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätze schaffen



>> Bezahlbaren Wohnraum schaffen

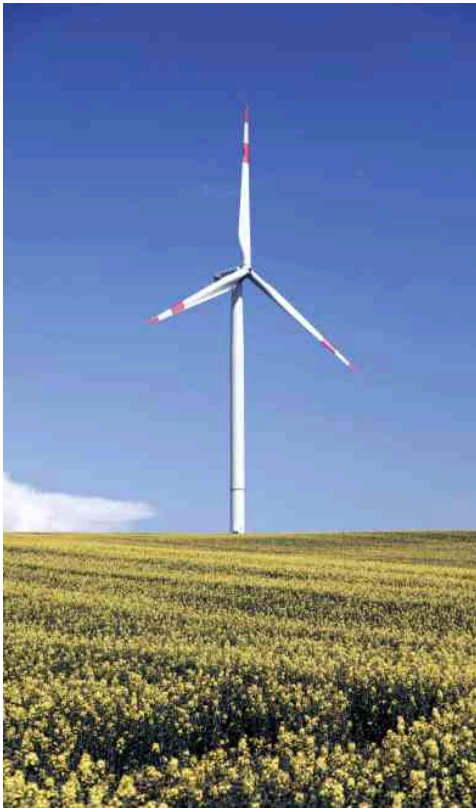
Wer kein Wohneigentum hat, muss oft einen großen Teil des eigenen Einkommens für die Miete verwenden. Unser Ziel für NRW ist es, dass nicht mehr als 30 % des verfügbaren Haushaltseinkommens für die Miete ausgegeben werden muss. Um dies zu erreichen, wollen wir verschiedene Maßnahmen ergreifen.

So werden wir gezielt bestehende Wohnungen aufkaufen, um diese dann dauerhaft zu bezahlbaren Preisen vermieten zu können.

Ein weiteres wichtiges Vorhaben ist die Stärkung des kommunalen Wohnungsbaus. Denn wenn die Kommunen selbst Wohnraum schaffen, können sie diesen auch entsprechend günstig zur Verfügung stellen. Wir wollen daher die Gründung neuer sowie die Arbeit der bereits bestehenden kommunalen Wohnungsunternehmen fördern. Darüber hinaus wollen wir eine Landeswohnungsbaugesellschaft gründen, die zum Beispiel in Kommunen ohne eigenes Wohnungsunternehmen neue bezahlbare Wohnungen schafft.

Eine weitere Maßnahme, die wir ergreifen wollen, ist die Einrichtung eines Bodenfonds. Die Idee ist, dass das Land für die Kommunen Grundstücke erwirbt und zu Bauland entwickelt. Baureife Grundstücke werden dann in Erbpacht zu einem günstigen Pachtzins vergeben. Aus den Erlösen des Pachtzins wird dann wiederum der Fonds finanziert.

AUS DEM SPD-WAHLPROGRAMM



>> Die aktuellen starren Abstandsflächen für Windkraftanlagen abschaffen

Windkraft ist ein zentraler Bestandteil der Energiewende. Dies gilt insbesondere auch für das Industrieland NRW. Doch seitdem die aktuelle Landesregierung im Amt ist, behindert sie den Windkraftausbau massiv. Sie hat dafür gesorgt, dass Windkraftanlagen in NRW nur in einem Abstand von mindestens 1000 Metern zu Wohnsiedlungen errichtet werden dürfen. Dies schränkt die zur Verfügung stehende Fläche jedoch erheblich ein.

Das Landesamt für Umwelt, Natur und Verbraucherschutz hat deutliche Zweifel daran, dass das von der Landesregierung erklärte Ziel einer Verdoppelung der hiesigen Windkraftproduktion bis 2030 unter diesen Voraussetzungen zu schaffen ist. Die Studie, die das Landesamt dazu durchgeführt hatte, wurde vom Energieministerium beauftragt, dann aber vom selbigen zurückgehalten, als die für die Landesregierung offensichtlich unbequemen Ergebnisse vorlagen.

Im Gegensatz zu Schwarz-Gelb wollen wir den Windkraftausbau in NRW wieder voranbringen, statt ihn weiter auszu-bremsen. Dafür werden wir die momentan gültigen starren Abstandsregeln der aktuellen Regierung von 1000 Metern aufheben.

KLIMA UND UMWELT

- Kraft-Wärme-Kopplung stärker fördern, Fernwärmenetz ausbauen, Industrie auf Wasserstoff umstellen
- Bevölkerung an den Gewinnen aus erneuerbarer Energie beteiligen
- die aktuellen starren Abstandsflächen für Windkraftanlagen aufheben >>
- Solaranlagen ausbauen und fördern
 - verpflichtend für jeden Neu- und Umbau von Gewerbeimmobilien
 - gefördert für jedes bestehende Gebäude
 - möglichst alle Lärmschutzwände entlang Autobahnen/Gleisen ausstatten
- kommunale und landeseigene Gebäude verpflichtend klimaneutral bauen
- Kohlenstoffsinken (z.B. Wälder und Moore) renaturisieren >>
- Betriebe mit 30 Mrd.€ dabei unterstützen, klimaneutral zu werden
- Wirtschaft schnellstmöglich zu einer Kreislaufwirtschaft umbauen

>> Kohlenstoffsinken (z.B. Wälder und Moore) renaturisieren

Wälder und Moore können Kohlenstoff speichern. Daher werden sie als Kohlenstoffsinken bezeichnet. Werden Wälder abgeholzt und Moore trockengelegt, wird das in ihnen gebundene CO₂ jedoch freigesetzt. Deshalb ist es wichtig, diese Kohlenstoffsinken wiederherzustellen, zu erhalten und zu schützen.



MOBILITÄT/VERKEHR

- Radwegenetz ausbauen
- Bus- und Bahnnetze in allen Regionen ausbauen
- Güterverkehr auf die Schiene und Binnenwasserstraßen verlagern
- Kostenfreies Ticket für Schüler*innen bereitstellen
- Solidarisch finanzierten, ticketlosen ÖPNV schaffen und 365-Euro-Ticket einführen
- Ausbau der E-Mobilität sowie der notwendigen Infrastruktur fördern



AUS DEM SPD-WAHLPROGRAMM

>> Warum die Straßenausbaubeiträge endlich abschafft werden müssen

Straßenausbaubeiträge sind eine kommunale Abgabe, die Anlieger*innen in NRW zahlen müssen, wenn die Straße, der Geh- oder Radweg vor ihrem Haus saniert wird. Bei der Berechnung der Beiträge wird die finanzielle Situation der Betroffenen nicht berücksichtigt. Beiträge im vier- bis fünfstelligen Bereich sind in NRW keine Seltenheit. Für Eigentümer*innen mit einem kleinen oder mittleren Einkommen kann dies zu existenzgefährdenden Situationen führen.



Stattdessen wird das bisherige komplizierte Förderprogramm beibehalten; statt 50% werden nun 100% der anfallenden Kosten vom Land übernommen. Die Kommunen müssen weiterhin die fälligen Straßenausbaubeiträge für Anlieger*innen ermitteln und dann die Fördermittel beantragen. Der bürokratische Aufwand und die damit verbundenen Kosten bleiben somit bestehen. Zudem bleibt die Frage offen, was passiert, wenn die Fördergelder aufgebraucht sind.

Die SPD setzt sich seit Jahren für die Abschaffung der Beiträge ein, scheiterte jedoch bisher mit einem entsprechenden Antrag an der Landesregierung.

Statt die Beiträge abzuschaffen, verabschiedete die schwarz-gelbe Koalition Ende 2019 einen Gesetzentwurf, der die Kosten für Anwohner*innen durch ein Förderprogramm des Landes in Höhe von jährlich 65 Millionen Euro halbiert. Laut Bund der Steuerzahler führte dieses Gesetz absurderweise dazu, dass die Einnahmen durch die Straßenausbaubeiträge gerade so die Bürokratiekosten decken, die durch die Erhebung dieser Bei-

träge entstanden sind. Die SPD stimmte geschlossen gegen den Gesetzesentwurf.

Knapp zwei Monate vor der Landtagswahl in NRW verkündete die Regierung aus CDU und FDP plötzlich die Abschaffung der Beiträge, obwohl sie zuvor hartnäckig an diesen festgehalten hatte.

Ein entsprechendes neues Kommunalabgabengesetz und ein Gesamtkonzept sollen jedoch erst nach der Landtagswahl von der nächsten Regierung vorgelegt werden.

Doch damit sind die Straßenausbaubeiträge keinesfalls abgeschafft.

Solange die rechtliche Grundlage zur Erhebung der Beiträge weiter besteht, könnten die Bürger*innen jederzeit wieder zur Kasse gebeten werden.

Die SPD-Fraktion hat angesichts der Ankündigung der Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorgelegt. Am 24.03.2022 wurde dieser Entwurf von der Landesregierung abgelehnt.

Die Chance, ihre Ankündigung umzusetzen, hat die Regierung nicht genutzt.

Es ist also fraglich, ob CDU und FDP die Straßenausbaubeiträge wirklich abschaffen wollen oder ob es sich nicht doch nur um eine Wahlkampfaktion handelt, die nach der Landtagswahl schnell wieder über den Haufen geworfen wird.

Pia Pellmann

KOMMUNEN UND REGIONEN

- finanzschwache Kommunen mit einem Sonderprogramm „Schulneubau und Schulsanierung“ unterstützen
- Verkehrsanbindung zwischen Stadt und Umland verbessern
- Lösung für kommunale Altschulden finden und eine dauerhafte und aufgabenangemessene Grundfinanzierung von Städten, Gemeinden und Kreisen bereitstellen
- Straßenausbaubeiträge abschaffen >>



INTEGRATION

- Geflüchtete schnell in den Arbeitsmarkt integrieren durch unbürokratische Anerkennung der Berufsqualifikationen, Nachqualifizierungen, Weiterbildungen und gezielte fachspezifische Sprachförderung
- geflüchtete Kinder und Jugendliche schnell einschulen
- für einen schnellen rechtssicheren Aufenthaltsstatus für gut integrierte, finanziell vom Staat unabhängige Geflüchtete sorgen (keine Kettenduldungen)

AUS DEM SPD-WAHLPROGRAMM

SICHERHEIT

- Präventionsprogramme gegen Jugendkriminalität und Extremismus ausbauen
- unabhängige Beschwerdestelle für Polizei einrichten
- mehr Personal und optimale (digitale) Ausstattung für die Polizei bereitstellen
- bestehendes Versammlungsgesetz durch ein Versammlungsfreiheitsgesetz ersetzen >> S.21
- **Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen durch flächendeckende und kostenlose Hilfs-, Beratungs-, Unterbringungs- und Präventionsangebote (Istanbul-Konvention) >>**



FINANZEN

- Zukunftsinvestitionsprogramm auflegen für bessere Schulen, schnellere Digitalisierung, die Neuaufstellung des Gesundheitswesens, die Bekämpfung des Klimawandels und gegen Wohnungsnot
- Steuerhinterziehung und Geldwäsche bekämpfen durch zusätzliches Personal, mehr Kontrollen und das Schließen von Gesetzeslücken

DIGITALISIERUNG

- Zugang zu schnellstem Internet in ganz NRW in den nächsten 5 Jahren verwirklichen und 5G in ganz NRW zum Mobilfunkstandard machen
- öffentliche Verwaltung schneller digitaler machen: Alle Bürgerdienstleistungen sollen in Zukunft online erledigt werden können
- massiv in IT-Sicherheitsforschung investieren



MEDIEN

- faire und sichere Arbeitsverhältnisse und Schutz vor Gewalt und Bedrohungen für Medienschaffende sicherstellen
- barrierefreie Angebote wie z. B. Nachrichtensendungen mit Gebärdensprache ausbauen
- Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet und in den sozialen Medien verbessern

>> Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen (Istanbul-Konvention)

Jeden dritten Tag wird eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet. Physische oder sexualisierte Gewalt erlebt jede dritte Frau in ihrem Leben. Bei Frauen mit Behinderung ist es jede zweite. Deshalb ist es dringend notwendig, dass die Schutz- und Hilfsmöglichkeiten in NRW (und ganz Deutschland) der Istanbul-Konvention entsprechend ausgebaut werden.

Ziel der Istanbul-Konvention ist es, geschlechtsspezifische und familiäre Gewalt zu bekämpfen und das Recht von Gewaltopfern auf Unterstützung und Schutz durchzusetzen. Die SPD steht dafür ein, die Forderungen der Konvention umzusetzen. Deswegen wollen wir mit Hilfe eines Landesaktionsplans flächendeckend Hilfs-, Beratungs- und Präventionsangebote schaffen, die idealerweise barrierefrei zugänglich sind. Zudem fordern wir einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose und sichere Unterbringung für schutzbedürftige Frauen und Mädchen. Dazu ist es nötig, Geld in das Frauen- und Mädchenhilfesystem zu investieren. Dies soll vor allem Frauenhäusern, aber auch Beratungsstellen gegen Zwangsheirat sowie dem Runden Tisch gegen die Beschneidung von Mädchen zugutekommen.

Auch im Bereich des Cyber-Mobbings wollen wir die Hilfsangebote ausbauen.



AUS DEM SPD-WAHLPROGRAMM

DEMOKRATIE

- **Wahlrecht und Wahlsystem reformieren:**
 - **Wahlrecht bei Landtagswahlen ab 16 Jahren**
 - **Kommunales Wahlrecht für Ausländer*innen aus Nicht-EU-Staaten**
 - **Verfassungskonformes Paritätsgesetz >>**
- **Lobbyregister und legislativen Fußabdruck einführen für mehr Transparenz >>**

>> **Lobbyregister und legislativen Fußabdruck einführen**

Ein Lobbyregister ist eine öffentliche Datenbank, die jede*r einsehen kann. Dort werden alle Lobbyist*innen und ihre Aktivitäten erfasst. Dadurch ist es einfacher, zu sehen, wer welche Interessen vertritt und wer welche Politiker*innen zu beeinflussen versucht. Aktuell existiert nur ein Lobbyregister auf freiwilliger Basis. Lobbyist*innen müssen sich also nicht zu erkennen geben.

Der legislative Fußabdruck ergänzt das Lobbyregister. Er besteht aus einer Liste aller Lobbyist*innen, zu denen die Abgeordneten während ihrer Arbeit an einem Gesetz Kontakt hatten. In jedem Gesetzesentwurf muss dann stehen, ob und wenn ja welche Vorschläge von welchen Lobbyist*innen übernommen wurden.

>> **Verfassungskonformes Paritätsgesetz**

Frauen sind in deutschen Parlamenten noch immer deutlich unterrepräsentiert. Auch der Landtag von NRW ist hier keine Ausnahme. Tatsächlich sind gerade einmal knapp 28 % der Abgeordneten im aktuellen Landtag Frauen.

Um dieser klaren Unterrepräsentation entgegenzuwirken, wollen wir ein Paritätsgesetz einführen. Dies bedeutet, dass alle Parteien bei künftigen Landtagswahlen in NRW dazu verpflichtet wären, ihre Wahllisten so aufzustellen, dass die einzelnen Listenplätze jeweils abwechselnd an Frauen und Männer vergeben werden. Auf diese Weise könnte die aktuelle Unterrepräsentation von Frauen effektiv bekämpft werden.

Innerhalb der SPD ist die paritätische Besetzung von Wahllisten übrigens schon lange selbstverständliche Praxis.



Piesers Gasthaus

Grevener Straße 125, 48291 Telgte

Tel. 02504 82 01

Öffnungszeiten

Mittwoch - Samstag 17:00 Uhr - 22:30 Uhr

Sonntag 11:30 Uhr - 14:30 Uhr // 17:00 Uhr - 22:30 Uhr

Die Flutkatastrophe

Ein trauriges Beispiel für schlechtes Krisenmanagement

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 kam es in vielen Teilen Deutschlands zu extremen Unwettern mit Starkregen, der besonders in Rheinland-Pfalz und NRW zu schweren Überflutungen führte. Durch das Hochwasser verloren deutschlandweit mehr als 180 Menschen ihr Leben und viele Menschen verloren ihr Zuhause und ihren gesamten Besitz.

Tausende Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr, Rettungs- und Hilfsdiensten, dem Technischen Hilfswerk sowie freiwillige Helfer*innen machten sich nach der Katastrophe auf den Weg in die Flutgebiete, um beim Wiederaufbau zu unterstützen. Auch zahlreiche Politiker*innen machten sich vor Ort ein Bild der Lage und versprachen schnelle und unbürokratische Hilfen.

Allerdings haben sich diese Versprechen der Landesregierung bisher nicht erfüllt.

Die große Mehrheit der Betroffenen schlägt sich noch immer mit komplizierten Antragsformularen herum. Auf die Auszahlung von Hilfsgeldern warten die meisten Menschen bisher vergeblich. Nicht nur die Unsicherheit, ob und wann endlich Hilfsgelder bereitgestellt werden, vergrößert das Leid der Betroffenen. Auch die vielen offenen Fragen erschweren es ihnen, die Ereignisse zu verarbeiten:

**Hätte man die Katastrophe verhindern können?
Wer ist dafür verantwortlich?
Welche Fehler wurden gemacht und wie kann man diese in Zukunft vermeiden?**

Antworten auf diese Fragen versucht der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Hochwasser im Landtag zu finden, der bereits seit über einem halben Jahr tagt. Einen Abschlussbericht wird es vor der Landtagswahl jedoch nicht mehr geben, sondern nur einen Zwischenbericht, der weder die Aussagen der wichtigsten Zeug*innen (die damalige Umweltministerin Ursula Heinen-Esser und Innenminister Herbert Reul) einbezieht noch eine politische Wertung vornimmt. Zudem ist noch unklar, ob der Un-



tersuchungsausschuss seine Arbeit nach der Wahl überhaupt fortsetzen wird. Die SPD wird sich dafür einsetzen.

Verantwortung dafür, dass die Bevölkerung nicht rechtzeitig gewarnt und umfassend informiert wurde, möchte aus der Landesregierung offensichtlich niemand übernehmen.

Laschet sagte vor dem Untersuchungsausschuss, er habe erst am 13. Juli vom drohenden Unwetter erfahren und die schon Tage vor dem Unwetter sehr präzisen Prognosen des europäischen Frühwarnsystems EFAS nie gesehen: „Wetterkarten sind nicht Sache des Ministerpräsidenten.“

Hochwassermeldedienst und -vorhersage ist Aufgabe des Umweltministeriums von Ursula Heinen-Esser. Diese hielt sich zu Beginn des Unwetters in Spanien auf und auch ihr Stellvertreter im Ministerium, Heinrich Bottermann, war im Urlaub. Heinen-Esser flog nach der Nachricht von der Flut zurück nach NRW. Nach der Teilnahme an der Krisensitzung des Kabinetts am 16. Juli flog sie jedoch zurück nach Mallorca zu ihrer jugendlichen Tochter und deren Freundinnen. Stefan Kämmerling, SPD-Obmann im Untersuchungsausschuss, kritisierte dieses Verhalten:

„Gerade einmal rund 24 Stunden war sie vor Ort, um das Katastrophenmanagement in die Hand zu nehmen. Danach setzte sie ihren Urlaub wieder fort, während Zehntausende betroffener Menschen in den Trümmern ihrer Existenz standen.“

Bei ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss am 25.02.2022 hatte Heinen-Esser erklärt, sie sei vor allem deshalb zurückgefliegen, um die Rückreise der Jugendlichen zu organisieren. Vier Tage sei sie in Mallorca geblieben. Inzwischen musste die Umweltministerin einräumen, dass es nicht nur vier, sondern neun Tage waren. Zudem organisierte Heinen-Esser keineswegs einen neuen Rückflug, sondern eine Geburtstagsparty für ihren Ehemann, für die

Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU), Europaminister Stephan Holthoff-Pförtner (CDU) und die damalige Staatssekretärin Serap Güler (CDU) am 23. Juli nach Mallorca reisten.

SPD-Spitzenkandidat Thomas Kutschat kritisierte dieses Verhalten scharf: „Während zehntausende Betroffene des Hochwassers zu diesem Zeitpunkt damit kämpften, die Folgen der Flut zu bewältigen, dinierten mindestens vier hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der NRW-Landesregierung offenbar bei einer Geburtstagsfeier auf Mallorca und ließen es sich gut gehen.“ Mit Umweltministerin Heinen-Esser und Bauministerin Scharrenbach, die Heinen-Esser eigentlich vor Ort vertreten sollte und deren Ministerium für den Wiederaufbau zuständig ist, seien „daran ausgerechnet auch noch diejenigen Ministerinnen beteiligt, die in dieser schweren Katastrophe auf Regierungsseite fachlich zuständig waren“.

Hinzu kommt, dass Heinen-Esser dem Untersuchungsausschuss diese Information verschwiegen hatte, bis die Geburtstagsfeier am 07.04. öffentlich wurde.

Den von der Opposition erhobenen Vorwurf, das Parlament und die Öffentlichkeit getäuscht zu haben, wies sie in einem Statement am Mittag des 07.04. „entschieden zurück“ und lehnte einen Rücktritt ab. Nach einem Gespräch mit Ministerspräsident Wüst trat sie einige Stunden später dann doch von ihrem Amt zurück. Thomas Kutschat bezeichnete den Rücktritt als überfällig, denn „ihre Reise samt Geburtstagsfeier auf Mallorca war instinkt- und pietätlos.“

Auch bei Ina Scharrenbach sei fraglich, „ob sie noch über die notwendige Integrität verfügt, weiter im Amt zu bleiben. Ich bin nicht der Meinung.“

Schließlich trage sie die Verantwortung dafür, „dass immer noch viele Menschen auf ihr Geld und die Fluthilfen warten.“ Heinen-Esser begründete ihre Entscheidung zum Rücktritt mit der Erkenntnis, dass sie ihr Handeln der Öffentlichkeit nicht habe vermitteln können: „Es gibt kein Verständnis für mein Vorgehen und mein Verhalten im vergangenen Juli. Ich bedauere das Bild, das mein eigenes Handeln und die nachträgliche Darstellung erzeugt hat.“ Allerdings sollte dies „die großartige Bilanz dieser Regierungszeit, gerade auch bei uns im Ressort, nicht trüben.“

Somit räumt die Ministerin weiterhin weder ein eigenes Fehlverhalten, noch Fehler des Umweltministeriums in der Flutkatastrophe ein.

Dabei zeigen interne Vermerke und E-Mails aus den Tagen vor und nach der Flut, dass die Gefahr auch vom Umweltministerium unterschätzt wurde. So beschäftigten sich die Ministerin, der Abteilungs-

leiter und der Pressesprecher am Tag vor der Flutnacht mit der Planung eines Wahlkampftermins für Armin Laschet in Hagen statt mit dem drohenden Unwetter. Telefonate zwischen der Umweltministerin und dem für Katastrophenschutz zuständigen Innenminister fanden hingegen im Vorfeld der Flut nicht statt. In ihrem Bericht zur Flutkatastrophe schiebt Heinen-Esser stattdessen dem Deutschen Wetterdienst (DWD) die Verantwortung zu. Auf Basis der DWD-Meldung habe man die Gefährlichkeit der Unwetter „nicht im vollen Umfang“ erkennen können.

Deshalb sei „weder eine frühere noch eine eindringlichere Warnung als geschehen“ möglich gewesen.

Diese Aussage ist jedoch stark zu bezweifeln. Meteorologen hatten bereits drei Tage vor dem Unwetter deutliche Warnungen ausgesprochen. Auch der Deutsche Wetterdienst hatte die höchstmögliche Warnstufe ausgerufen. Vor diesem Hintergrund hätte den Behörden klar sein müssen, „dass man die Situation im Auge behalten muss, dass man Maßnahmen wie eine Evakuierung planen sollte“, so Annegret Thieken, Forscherin für Naturrisiken an der Universität Potsdam.

Doch weder auf Landesebene noch in den Kommunen vor Ort wurde der Ernst der Lage erkannt und entsprechend kommuniziert.

Das Versagen der Behörden hatte bisher keine weiteren Konsequenzen. Die Landesregierung zeigt im Untersuchungsausschuss keinen Willen, die Umstände, die zur Flutkatastrophe geführt haben, aufzuklären.

Stattdessen versuchen die Beteiligten, sich aus der Verantwortung zu stehlen und anderen die Schuld zuzuweisen.

Es bleibt zu hoffen, dass der Abschlussbericht des Ausschusses etwas daran ändert – sofern es zu einem Abschlussbericht kommt.

Unabhängig vom politischen Ausgang ist für die SPD klar: Aus dieser Katastrophe müssen Lehren gezogen werden. NRW muss in Zukunft besser auf solche Unwetter vorbereitet sein. Wir brauchen eine bessere Vernetzung auf allen Ebenen: Kreisen, Städten, Bezirksregierungen und Landesregierung.

Und wir brauchen ein effektives Warnsystem, das alle Bürger*innen erreicht.

Das wollen wir erreichen durch einen Mix aus analogen Sirenen, Hinweistafeln, Warn-Apps und Cell-Broadcast-Systemen, die SMS an alle Handys im Gefahrenbereich versenden.

Diese Maßnahmen sollen verhindern, dass sich eine solche Katastrophe wiederholt. Aber sie helfen den Menschen nicht, die jetzt Hilfe brauchen. Jetzt muss dafür gesorgt werden, dass die Menschen psychologische und finanzielle Unterstützung bekommen.

Deshalb setzen wir uns für mehr psychotherapeutische Angebote für Betroffene ein und wollen die Verfahren der Aufbauhilfen vereinfachen und beschleunigen, damit die Wunden endlich langsam heilen können.

Pia Pellmann



... im Herzen von Telgte

Besuchen Sie uns zum gemütlichen Abendessen, sonntäglichen Frühstücksbrunch oder zu Ihren persönlichen Feiern aller Art.

Wir freuen uns auf Sie!

Steinstraße 26 · 02504 3037
www.mittendrin-telgte.de · info@mittendrin-telgte.de

Es ist Ihr roter Faden!

Welche Themen sind für Sie wichtig? Haben Sie Fragen an die SPD Telgte / Westbevern? Möchten Sie mit Ihrer Meinung zum roten Faden beitragen?

Schicken Sie uns Fragen, Anregungen, Kritik oder nennen Sie uns die Themen, zu denen die SPD im roten Faden Stellung beziehen soll. Sie erreichen uns unter:

spd.telgte+Leserbrief@gmail.com
Wir freuen uns auf Ihr Feedback!

Ein Versammlungsverhinderungsgesetz

Im Januar 2021 stellte die Landesregierung ihren Entwurf für ein Versammlungsgesetz für NRW vor. Dieser Entwurf löste große Proteste aus.

Monatelang gingen tausende Menschen auf die Straße und protestierten gegen das neue Gesetz, das die Polizei mit mehr Macht und Kontrollbefugnissen ausstattet.

Auch bei einer Expert*innenanhörung im Mai gab es massive Kritik an dem Gesetzesentwurf.

Ursprünglich sollte das Versammlungsgesetz im Sommer 2021 verabschiedet werden, aber aufgrund der unerwartet großen Proteste und angesichts massiver Polizeigewalt gegen Journalist*innen und

Aktivist*innen bei der Großdemo am 26.06.2021 in Düsseldorf wurden schließlich Änderungen am Entwurf vorgenommen.

Aus Sicht der SPD handelt es sich dabei lediglich um kosmetische Korrekturen, denn „der Kern bleibt: [...] ein Gesetz, um Versammlungen zu verhindern und Verstöße dagegen als Straftaten zu verfolgen“, so Sven Wolf, der innenpolitische Sprecher der SPD.

Das schwarz-gelbe Versammlungsgesetz sieht in Versammlungen eher eine potenzielle Bedrohung für die öffentliche Sicherheit als ein schützenswertes Gut, das zur friedlichen Meinungsäußerung dient.

Trotz der anhaltenden Proteste wurde das Gesetz am 15.12.2021 verabschiedet und trat am 07.01.2022 in Kraft. Doch warum stößt das von der schwarz-gelben Landesregierung beschlossene Gesetz auf so viel Gegenwehr?

Eine Auswahl wichtiger Kritikpunkte:

Das Störungsverbot

Das Versammlungsgesetz verbietet jegliche Störung, deren Ziel die Be- oder Verhinderung einer Versammlung ist. Selbst die „gezielte Anmeldung einer Gegenveranstaltung für dieselbe Zeit und denselben Ort“ kann als Störung gewertet werden. Diese Regelung erschwert Gegendemonstrationen massiv. Als Reaktion auf die Kritik ergänzte die Landesregierung, dass kommunikative Gegenproteste, welche die Versammlung nicht behindern, nicht als Störung gelten.

Wie genau aber eine Störung von einer legitimen gegenläufigen Meinungsäußerung, die eine Versammlung nicht behindert, zu unterscheiden ist, bleibt unklar.

Hinzu kommt ein sehr hohes Strafmaß bei Zuwiderhandlungen: Grobe Störungen werden als Straftat gewertet und mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft. Wer also bei einer Gegendemo über laute Zwischenrufe hinausgeht und z. B. die Strecke von Neonazi-Aufmärschen blockiert, muss schlimmstenfalls mit einer Gefängnisstrafe rechnen.



Mangelnde Anonymität: Videoüberwachung und Kontrollstellen

Alle Menschen haben das Recht, anonym an Versammlungen teilzunehmen. Allerdings sieht das neue Versammlungsgesetz Eingriffe in die Privatsphäre wie z. B. eine verschärfte Videoüberwachung vor. Das Gesetz erlaubt es, ganze Demonstrationen mithilfe von Drohnen abzufilmen, wenn dies aufgrund der Unübersichtlichkeit zur Lenkung des Polizeieinsatzes notwendig ist.

Erst nach massiver Kritik wurde das Gesetz dahingehend ergänzt, dass bei Aufnahmen und Aufzeichnungen der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz strikt beachtet und auf den Einsatz von Drohnen hingewiesen werden muss.

Der ursprüngliche Entwurf der Landesregierung sah darüber hinaus vor, auf dem Weg zu Versammlungen Kontrollstellen zu errichten und anlasslose Durchsuchungen und Identitätsfeststellungen durchzuführen. Eine effektive Maßnahme, um Bürger*innen einzuschüchtern und von der Versammlungsteilnahme abzuschrecken.

Aufgrund der enormen Kritik wurde der Paragraph geändert, sodass Durchsuchungen und Identitätsfeststellungen an den Kontrollstellen nur möglich sind, wenn es tatsächliche Anhaltspunkte für Verstöße gegen das Versammlungsgesetz oder bevorstehende Straftaten gibt.



Das Gewalt- und Einschüchterungsverbot

Dieses Verbot beinhaltet das Tragen von Uniformen oder uniformähnlichen Kleidungsstücken sowie ein paramilitärisches Auftreten, das Gewaltbereitschaft vermitteln und einschüchternd wirken soll. Verstöße gegen das Verbot können mit bis zu zwei Jahren Haftstrafe geahndet werden.

Eine gleichförmige Bekleidung an sich sei nicht verboten, so die Landesregierung, sondern „das subjektive Element, dass die Uniformträger etc. Gewaltbereitschaft vermitteln“, müsse hinzukommen. Das bedeutet, dass letztlich die Polizei vor Ort die Entscheidung trifft, ob Kleidung und Auftreten unter das Gewalt- und Einschüchterungsverbot fallen. In der Aufzählung von Beispielen finden sich neben SA- und SS-Uniformen, Springerstiefeln und Bomberjacken auch schwarze Kleidung und „gleichfarbige Overalls wie bei den Garzweiler-Demonstrationen im Sommer 2019“. Die Landesregierung zöge „geschichtlich abwegige Parallelen, wenn etwa Demonstrationen gegen den Braunkohleabbau mit Aufmärschen der SA, SS und ihrer Untergliederungen verglichen werden“, kritisierte Prof. Dr. Clemens Arzt von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Geltungsbereich: auch bei Veranstaltungen wie Konzerten

Sowohl das Vermummungs- und Schutzausrüstungsverbot als auch das Gewalt- und Einschüchterungsverbot gelten nicht nur bei Versammlungen, sondern bei jeglichen öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel, da auch solche Veranstaltungen zur Machtdemonstration dienen könnten, wie z. B. Fanmärsche von Ultravereinungen, Treffen von Rockergruppen oder Hochzeiten von Großfamilien oder Clanmitgliedern.

Allerdings betrifft das Gesetz beispielsweise auch Konzerte, Sportveranstaltungen oder Schützenfeste. Verstöße gegen die Verbote können mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft werden. In Zeiten ohne Maskenpflicht könnte also sogar das Tragen einer Maske zum Eigenschutz bei einer öffentlichen Veranstaltung wie einem Konzert im Extremfall zu einer Gefängnisstrafe führen.

>> Warum will die SPD das Versammlungsgesetz durch ein neues Versammlungsfreiheitsgesetz ersetzen?

Die SPD hatte bereits im November 2020 einen Entwurf für ein Versammlungsfreiheitsgesetz vorgelegt, bei dem die Gewährleistung von Grundrechten und nicht deren Verhinderung im Fokus steht. Der Entwurf wurde jedoch von der Landesregierung abgelehnt. Trotzdem kämpft die SPD weiterhin für ihren Gesetzesentwurf.

Doch inwiefern unterscheidet sich das Versammlungsfreiheitsgesetz der SPD vom Gesetz der Landesregierung?

Der SPD-Entwurf schützt das Recht von Versammlungsteilnehmer*innen auf Anonymität. Sämtliche Bild- und Tonaufnahmen, auch Übersichtsaufnahmen,



sind nur erlaubt, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht.

Die SPD verzichtet auf Kontrollstellen vor Versammlungen und knüpft Durchsuchungen und Identitätsfeststellungen an konkrete Anhaltspunkte für Verstöße gegen das Versammlungsgesetz oder bevorstehende Straftaten.

Auch das Störungsverbot ist bei der SPD weniger restriktiv. Nur Störungen, die die Versammlung erheblich behindern oder vereiteln, sind verboten, da das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit auch für Personen gilt, die den Versammlungszweck ablehnen und dagegen protestieren. Erst wenn Kundgebungen oder ganze Versammlungen durch eine Störung verhindert werden, kann diese als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld von bis zu 1.500€ geahndet werden.

Das Verbot von Uniformen und einheitlicher, einschüchternder Kleidung zielt bei der SPD insbesondere auf Versammlungen ab, bei denen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft verherrlicht wird, und nicht auf Umweltaktivist*innen.

Insgesamt ist der Katalog der Straftatbestände im SPD-Entwurf kurzgehalten, um eine übermäßige Kriminalisierung von

Straftatbestände

Insgesamt sieht das Gesetz der Landesregierung acht Straftatbestände und zwölf Ordnungswidrigkeiten vor. Die Menge der Straftatbestände rechtfertigt die Landesregierung damit, dass eine Strafandrohung notwendig sei, um Anreize für ein rechtstreu Verhalten zu schaffen. Eine unangemeldete Versammlung zu organisieren, kann beispielsweise zu einer einjährigen Haftstrafe führen.



Versammlungsteilnehmer*innen zu vermeiden. Strafbar sind die Durchführung oder Androhung von Gewalttätigkeiten, um eine Versammlung zu verhindern (bis zu zwei Jahre Haft), Verstöße gegen das Waffenverbot und die Anwendung oder Androhung von Gewalt gegen die Versammlungsleitung oder Ordner*innen (bis zu ein Jahr Haft).



Bei anderen Verstößen, z. B. gegen die Anzeigepflicht, das Uniform- oder Vermummungsverbot und groben Störungen von Versammlungen, handelt es sich um Ordnungswidrigkeiten, die mit Bußgeldern geahndet werden.

Pia Pellmann

Haushaltsanträge der SPD-Fraktion für 2022:

Erhöhung der Sekretariatsstunden

Das Hauptanliegen der SPD-Fraktion in den diesjährigen Haushaltsberatungen war die Erhöhung der Sekretariatsstunden an den Telgter Grundschulen auf 22,5 Wochenstunden. Bereits im März und im Juni 2021 hatten die Schulleiterinnen Anträge auf eine solche Erhöhung gestellt und ausführlich dargelegt, warum die Stundenzahlen je Woche nicht mehr ausreichen. Seitdem sind allerdings nur marginale Anpassungen erfolgt. Die Sekretariate sind aktuell 14–17 Stunden pro Woche besetzt.



Notwendig wäre laut den Schulleiterinnen, dass wenigstens während der Hauptunterrichtszeit von 07:30 Uhr bis 12:00 Uhr das Sekretariat besetzt ist, was 22,5 Wochenstunden entspricht. Das Schulsekretariat ist die erste Anlaufstelle für alle schulischen und außerschulischen Angelegenheiten für Schüler*innen, Eltern, Lehrer*innen, Elternvertreter*innen, den Förderverein, Handwerker*innen, Lieferant*innen und viele andere.

Gerade in der Pandemie ist deutlich geworden, wie wichtig ein funktionierendes Sekretariat ist.

Neben der Erteilung von Auskünften ist das Sekretariat u. a. für Organisationsauf-

gaben, Botengänge, Datenverarbeitung, Materialbeschaffung, die Verwaltung des Schulbudgets und die Unterstützung der Schulleitung bei allen auftretenden Fragen und Problemen zuständig. Durch die Corona-Pandemie fallen weitere Tätigkeiten an wie Aufgaben im Rahmen der Testungen, Informieren der Eltern bei positiven Tests und Umsetzung der von der Landesregierung beschlossenen Maßnahmen.

Derzeit häufen sich in den Sekretariaten massiv Überstunden an, was belegt, dass die aktuellen Wochenstunden nicht ausreichen, um die täglichen Aufgaben zu bewältigen.

Daher setzen wir uns dafür ein, die Wochenstunden so festzusetzen, wie es notwendig ist, statt auf komplexe Berechnungen eines veralteten Modells zu setzen.

Im Finanzausschuss wurden unsere Argumente akzeptiert. Es wurde ein Betrag von 39.000 € in den Haushalt eingestellt und mit einem Sperrvermerk belegt, weil in diesem Jahr die Neubemessung der Sekretariatsposten erfolgen soll.

Klaus Resnischek

Unterstützung lokaler Projekte

Die SPD setzte sich mit ihren Anträgen zu dem dafür ein, die Lebenshilfe Warendorf sowie den Westbeverner Krink bei seinen Projekten für Kinder und Jugendliche und der Instandhaltung von Bänken und Hinweistafeln finanziell zu unterstützen.



Der Finanzausschuss hat den Anträgen zugestimmt und u. a. beschlossen, dass der Krink mehrere Zuschüsse erhält für die passende Ausstattung des Raumes für die Windelzwerge, für die Anschaffung von Spielgeräten für das Ferienprogramm und für die Instandhaltung der Bänke und Hinweistafeln an den Wanderwegen.

Klaus Resnischek

Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität in Telgte

Der Rat der Stadt Telgte hat im letzten Jahr beschlossen, Klimaneutralität zu erreichen. Daher ist es aus Sicht der SPD wichtig, den Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoß der städtischen Gebäude zu senken.

Um der Verwaltung dahingehend feste Vorgaben machen zu können und prüfen zu können, ob diese erreicht wurden, sollen zukünftig der Wärmeverbrauch/m², der Stromverbrauch/m², der CO₂-Ausstoß insgesamt und der CO₂-Ausstoß/m² erhoben und im Haushaltsplan aufgeführt werden.

Auch die Betriebskosten der Gebäude sollen gesenkt werden, weshalb die Erhebung der Reinigungskosten/m² und der

Verwaltungskosten/m² notwendig ist. Gleichzeitig ist es wichtig, dass alle notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen an den Gebäuden durchgeführt werden, um eine schnelle Abnutzung und spätere, deutlich höhere Sanierungskosten zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten jährlich ca. 1,2 % des Versicherungswerts in die Instandhaltung investiert werden. Daher sollen zukünftig die Instandhaltungskosten/m² und die Instandhaltungskosten/Versicherungswert erhoben werden.



Im Finanzausschuss wurde beschlossen, unsere vorgeschlagenen Ziele (Senkung Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß sowie Senkung der Betriebskosten) im nächsten Haushaltsplan zu verankern. Die Verwaltung wurde beauftragt, geeignete Maßnahmen dazu vorzuschlagen.

Als weitere Maßnahme zum Klimaschutz beantragte die SPD, das Förderprogramm zur Bezuschussung von Lastenrädern aufgrund des Erfolgs im letzten Jahr fortzuführen. Im Finanzausschuss wurde beschlossen, 15.000€ in diesem Jahr für das Förderprogramm bereitzustellen.

Klaus Resnischek

Für uns in Berlin: Bernhard Daldrup



Bei der Bundestagswahl im letzten September war Bernhard Daldrup unser Direktkandidat hier im Kreis Warendorf. Auch wenn er das Direktmandat knapp verpasst hat, konnte Bernhard über die Landesliste erneut in den Bundestag einziehen. Und wie schon in der letzten Wahlperiode hat er in Berlin alle Hände voll zu tun.

Besonders arbeitet Bernhard weiterhin in seinen politischen Schwerpunkten: der Kommunalpolitik sowie den Themen Bauen und Wohnen.

Wie in der letzten Wahlperiode wurde er erneut zum Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen gewählt. Außerdem ist er im Finanzausschuss tätig und arbeitet als stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss.

Darüber hinaus gehört er dem erweiterten Vorstand der SPD-Fraktion an und leitet passend zu seinen politischen Schwerpunkten auch deren größte Arbeitsgruppe, die AG Kommunalpolitik. Bei einer seiner ersten Reden in der neuen Legislaturperiode ging es um das Bauministerium, das von der neuen Koalition gegründet worden ist, um den Wohnungsmangel in Deutschland zu bekämpfen. Dabei bezog er klar Stellung gegen einen Redner der AfD-Fraktion, der mal wieder die Geflüchteten für die angespannte Wohnsituation verantwortlich machte, statt sich Gedanken zu den tatsächlichen Ursachen und zu echten Lösungen zu machen.

Trotz dieser Fülle an Aufgaben ist Bernhard natürlich auch im Kreis Warendorf weiteraktiv.

Sei es der Besuch bei innovativen Firmen hier im Kreis, ein Treffen mit Vertreter*innen der Kreishandwerkerschaft Warendorf und unserer Entwicklungsministerin Svenja Schulze, um sich über internationale Berufsbildungspartnerschaften auszutauschen, oder der Besuch bei einer Gymnasialklasse, die ihn wiederum im Sommer in Berlin besuchen wird - Bernhard sucht so oft wie möglich den Austausch mit den Menschen vor Ort.

Aber auch von Berlin aus ist Bernhard Daldrup für die Menschen im Kreis erreichbar.

Zum Beispiel bietet er regelmäßig eine Telefonsprechstunde an. Die Termine hierzu veröffentlicht er auf seiner Website. Außerdem ist er per E-Mail oder über das Kontaktformular auf seiner Website erreichbar.

Also sollten Sie Fragen an Ihren Abgeordneten haben: Rufen Sie an oder schreiben Sie eine Mail an: bernhard.daldrup@bundestag.de

Bernhard Daldrup freut sich!

Alexander Holthaus

Impressum

Herausgeber:

SPD Ortsverein Telgte/Westbevern

Redaktionelle Verantwortung:

Klaus Resnischek

Chefredakteurin:

Pia Pellmann

Stellvertretender Chefredakteur:

Alexander Holthaus

Gestaltung:

Paul Pellmann

Korrekturat:

Laura Peters

Autor*innen:

Alexandra Heiser
Alexander Holthaus
Björn Jung
Thomas Kutschatj
Elena Otto-Erley
Pia Pellmann
Ralf Pomberg
Klaus Resnischek
Simon Schätzlein
Maike Stutter

Zusammenfassung des Wahlprogramms und Erläuterungstexte:

Alexander Holthaus
Pia Pellmann

Interview mit Ralf Pomberg:

Alexander Holthaus

Fotos von Ralf Pomberg:

Isabella Thiel

Fotos von Thomas Kutschatj:

Stefan Finger
Maximilian Koenig

Foto von Bernhard Daldrup:

Elias Domsch

Alle Ausgaben finden Sie auch online unter www.spd-telgte.de/rf

Die Straße, die niemand mehr will

Die SPD im Gespräch mit der Bürgerinitiative B 51 Telgte



Die Planungen sind älter als eine gesamte Generation, von einem möglichen Baubeginn ist noch nichts zu spüren. Dennoch findet sich der Ausbau der B 51 zwischen Telgte und Münster aktuell im vorrangigen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans für 2030. Das bedeutet für die Bürgerinitiativen, die sich in Münster und im Kreis Warendorf gegen den in ihren Augen überdimensionierten Ausbau einsetzen: Ihre Arbeit ist noch nicht getan. Unterstützung erhalten sie dabei von der SPD. Ralf Pomberg ist Kandidat für den Landtag im nördlichen Kreis Warendorf und als Beelener im Bereich der B 64 ebenfalls unmittelbar von Straßenausbauplänen betroffen. Mit seiner Kandidatur möchte er auch die Initiative gegen den vierspurigen Ausbau der B 51 unterstützen:

„Alle Räte der angrenzenden Gemeinden sprechen sich geschlossen gegen den Ausbau aus und auch ich setze mich vehement dagegen ein: Die Straße ist aus etlichen Gründen nicht mehr zeitgemäß!“

Die Ausgangslage des Protestes erläutert die zweite Vorsitzende der Initiative, Silvia Krüger: „Der Stau vor Münster wird nicht entfernt, sondern nur verlagert. Zudem müsste der historische Prozessionsweg in Telgte samt Jahrhunderte altem Baumbestand entfernt werden.“

Auch Bernhard Daldrup teilt als Bundestagsabgeordneter und kommunalpolitischer Sprecher die Positionen der Initiative: „Die Auswirkungen für die Kommunen, die dieser Ausbau mit sich bringen würde, sind enorm. Stadtteile werden getrennt, Landwirten werden

die Flächen genommen und vieles mehr. Eine Straße, die vor Jahrzehnten geplant wurde, muss in ihrer Dimension überprüft werden und den heutigen Bedürfnissen angepasst werden!“ Dazu kann Annette Watermann-Krass, im Landtag Mitglied im Umweltausschuss, ergänzen:

„In Anbetracht der Klimaerwärmung, der Verkehrssicherheit und dem Ressourcenverbrauch ist die aktuell geplante Form der Straße mehr als unverhältnismäßig.“

Die Welt im Wandel – der Straßenausbau im Stillstand?

„Nicht mehr zeitgemäß“, geht vielen Menschen im Kontext geplanter Straßenausbauten leicht über die Lippen, doch was genau steckt eigentlich dahinter? Dr. Werner Allemeyer, Verkehrswissenschaftler und Mitglied der Telgter Initiative, erklärt: „Die Planung von Straßen basiert immer auf Erfahrungen aus der Vergangenheit. Hier geht das System aber nicht mehr auf. Allein angesichts der Klimakrise widerspricht es jeglichem seriösen politischen Handeln, einfach weiterzumachen

wie bisher – Mobilität muss sich verändern und eigene Klimaziele verwirklichen.“ Dass die Straße auch aufgrund einer veränderten Lebensweise nicht mehr in die heutige Zeit passt, verdeutlicht Achim Specht von der Münsteraner Initiative: „Seit Beginn der Pandemie gehört Home-Office in vielen Bereichen zur Unternehmenskultur, die Pendlerzahlen gehen also langfristig zurück. Zudem will Münster selbst ‚autoarm‘ werden – eine vierspurige Straße in Richtung Zentrum passt in das Konzept nicht hinein.“ Weniger Autos – dass für dieses Gesamtziel noch viel passieren muss, wissen alle Beteiligten. Auch Karl-Heinz Redder von der SPD Telgte setzt sich für eine verbesserte Taktung des ÖPNV ein:

„Wir müssen den Schienen- und Radverkehr attraktiver machen!“

Für Bernhard Daldrup ist da das 9€-Ticket aus dem Entlastungspaket der Bundesregierung ein wichtiger erster Ansatz: „Ich bin gespannt, wie sich diese Vergünstigung auf die Nutzung von Bus und Bahn auswirken wird.“ Er sieht darin eine Chance zur Weiterentwicklung.

Eine Weiterentwicklung der gesamten Verkehrssituation wünschen sich auch die Mitglieder der Bürgerinitiative. Landtagskandidat Ralf Pomberg zieht dazu ein abschließendes Fazit: „Die Verkehrssituation in der Region muss sich verbessern. Neue Ideen für angenehmeres Bus- und Bahnfahren, mehr und sichere Radwege, all das muss kommen. Eine vierspurige Straße brauchen wir hier jedoch garantiert nicht.“

Elena Otto-Erley

